

Antragstexte
Landesverband Schleswig-Holstein

a.o. LPT in Kiel am 03. November 2018

Inhaltsverzeichnis

Europa

N9 Ä4 Ini0

Bildung

N2 Ä0 Ini0

Partei

N12 Ä0 Ini0

Soziales, Innen und Recht

N15 Ä0 Ini0

Umwelt, Energie, Verkehr

N3 Ä0 Ini0

a.o. LPT 03. November 2018 Kiel Bock, Hermann	Alle Anträge mit Initiativanträgen	Datum: 19.10.18 Uhrzeit: 11:07
---	--	-----------------------------------

	Antragsbereich	Antragsteller	Überschrift
EU1	Europa	Landesvorstand	Mit Leidenschaft und Mut für ein geeintes und solidarisches Europa
Ä1	Europa	AfA	Änderungsantrag zum Antrag EU1
Ä2	Europa	AfA	Änderungsantrag zum Antrag EU1
Ä3	Europa	AsF	Änderungsantrag zum Antrag EU1
Ä4	Europa	Europaforum	Änderungsantrag zum Antrag EU1
EU2	Europa	Kreisverband Lauenburg	Vor Ort in Europa
EU3	Europa	Kreisverband Kiel	Gleiche Pflichten, gleiche Rechte – Ausländerwahlrecht bei der Europawahl ermöglichen
EU4	Europa	AsF	Verbindliche gemeinsame Kontrolle und Einschränkung von Rüstungsexporten aus der Europäischen Union – dem Friedensnobelpreis gerecht werden!
EU5	Europa	AsF	Deutschland muss die Solidar- und Wertegemeinschaft in Europa fordern und fördern
EU6	Europa	Kreisverband Steinburg	Grenzkontrollen innerhalb der EU
EU7	Europa	Kreisverband Nordfriesland	Spitzenkandidatur zur Europawahl
EU8	Europa	AsF	Personalantrag Europa-Wahlkonferenz
EU9	Europa	Juso Landesverband S-H	Solidarische Bundesliste zur Europawahl 2019
B1	Bildung	Kreisverband Kiel	Besuch kultureller Einrichtungen verpflichtend in Fachanforderungen verankern
B2	Bildung	Kreisverband Segeberg	Lehrerversorgungsquote
P1	Partei	Umweltforum	Aufnahme der Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker in die Liste der Arbeitsgemeinschaften der SPD

P2	Partei	Ortsverein Lübeck-Burgtor (Kreisverband Lübeck)	Wir wollen mehr Demokratie wagen
P3	Partei	AsF	Möglichkeit einer freiwilligen Doppelspitze für sämtliche Gliederungen der Sozialdemokratie – zumindest jedoch für die Arbeitsgemeinschaften
P4	Partei	AsF	Eigenständige historische Arbeit der SPD erhalten
P5	Partei	Kreisverband Schl.-Flensburg	Erhalt historische Kommission
P6	Partei	Kreisverband Kiel	Historische Kommission
P7	Partei	Kreisverband Segeberg	Historische Kommission
P8	Partei	AG 60plus	Gleiches Recht für Delegierte der Arbeitsgemeinschaften
P9	Partei	Kreisverband Schl.-Flensburg	Antrag
P10	Partei	Juso Landesverband S-H	Einberufung Bundesparteitag
P11	Partei	Kreisverband Segeberg	Überfälliger Strategiewechsel für linke Mehrheit diesseits der Union
P12	Partei	Kreisverband Segeberg	virtueller Ortsverein
SIR1	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Nordfriesland	Ergänzung § 12 WoGG
SIR2	Soziales, Innen und Recht	AsF	Jetzt durchstarten für Parität!
SIR3	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Kiel	Geschlechterparität
SIR4	Soziales, Innen und Recht	AsF	Wahrung des Amtseids durchsetzen
SIR5	Soziales, Innen und Recht	AsF	Zehn zusätzliche, freie Tage für Betroffene häuslicher Gewalt
SIR6	Soziales, Innen und Recht	AsF	Just Sports – No Violence
SIR7	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Steinburg	Umgestaltung des Rentensystems im Angesicht des demographischen Wandels

SIR8	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Steinburg AG 60plus	Überarbeitung des Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG
SIR9	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Steinburg	Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel
SIR10	Soziales, Innen und Recht	AG 60plus	Aufwandsentschädigungen
SIR11	Soziales, Innen und Recht	AG 60plus	Polizeipräsenz
SIR12	Soziales, Innen und Recht	AG 60plus	Betreuungsrecht S-H
SIR13	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Segeberg	allgemeinverbindliche Tarifverträge
SIR14	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Segeberg	Anhebung Mindestlohn
SIR15	Soziales, Innen und Recht	Kreisverband Segeberg	Resolution zum Tariftreue- und Vergaberecht
UEV1	Umwelt, Energie, Verkehr	Umweltforum	Dieselmotoren stärker besteuern
UEV2	Umwelt, Energie, Verkehr	Ortsverein Neuwittenbek (Kreisverband Rendsb.-Eckernförde)	Antrag an Landesparteitag
UEV3	Umwelt, Energie, Verkehr	Kreisverband Nordfriesland	ÖPNV in Schleswig-Holstein
Anzahl der Anträge: 45			

Europa

Mit Leidenschaft und Mut für ein geeintes und solidarisches Europa

I. Unsere Vision von Europa

5 Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa - das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis eines langen europäischen Prozesses. Die Europäische Union ist ohne Zweifel ein Erfolgsmodell. Gegründet im Bewusstsein des Schreckens zweier Weltkriege, vorangetrieben von Menschen mit Visionen für ein wirtschaftlich starkes und friedliches Europa.

10 Die Leidenschaft der gemeinsamen Vision ist in den letzten Jahren vielerorts abgekühlt. Frieden, Freiheit und oft auch Wohlstand sind in weiten Teilen Europas selbstverständlich geworden – aber eben auch ungleich verteilt geblieben. Und obwohl die Globalisierung die Welt jeden Tag kleiner werden lässt und ihre Folgen allgegenwärtig sind, ist es bislang nicht gelungen, Europa eine neue Zukunftsstrategie zu geben. Dabei braucht es europäische Lösungen dringender denn je: Europa muss auch in Zukunft Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand sein. Europa muss Lösungen finden, damit sich die internationale Finanzkrise, deren Auswirkungen die europäischen Staaten bis heute betreffen, nicht wiederholen kann. Europa muss Antworten geben auf die große Anzahl an Menschen, die sich auf der Suche nach Schutz und einer Zukunft auf den Weg machen. Vor allem aber muss Europa den Menschen in allen Teilen des Kontinents eine kraftvolle Antwort geben, wofür es in den kommenden Jahren und Jahrzehnten gebraucht wird.

15 20 25 Konservative und neoliberale Konzepte haben den europäischen Kurs der vergangenen Jahre geprägt. Die strikte Sparpolitik hat die Schwächsten belastet, die Skepsis gegenüber der EU verstärkt und die Wohlstandskluft zwischen und innerhalb der Mitgliedsstaaten vergrößert. Die Wohlfahrtsstaaten wurden unter dem Druck der Märkte beschnitten, Investitionen gestrichen, Standards der guten Arbeit auf Kosten von Arbeitnehmer*innen abgesenkt. Wenn heute die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien drastische Werte erreicht hat, in Italien Brücken einstürzen oder das öffentliche Eigentum in Griechenland verscherbelt wird, ist dies Folge einer hemmungslosen und fehlgeleiteten Kürzungspolitik.

30 35 Und es ist kein Zufall, dass in der Folge des „jeder für sich“ rechte Kräfte an Einfluss gewonnen haben. Populistische und europafeindliche Parteien spielen Menschen gegeneinander aus, stellen Einzelinteressen über die gemeinsamen. Die Erfolge der Rechten auf nationaler Ebene sind ein Warnschuss vor den Europawahlen. Es besteht die reale Gefahr, unser Europa an die Nationalisten und Demokratiefeinde zu verlieren. Das dürfen wir nicht zulassen.

40 45 Wir nehmen diese Herausforderung an! Die SPD kämpft gemeinsam mit ihren europäischen Schwesterparteien in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) für eine demokratische, nachhaltige und sozial gerechte Europäische Union. Gemeinsam stehen wir für Demokratie und Bürgerrechte, ökologisch-soziale Marktwirtschaft und solidarischen Wohlstand. Das ist unser Gegenentwurf zu einem Europa der nationalen Egoisten. Wir wollen ein neues Gewicht für die Wertegemeinschaft Europa und Lösungen, die in gleichberechtigter Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht werden.

Unser Europa ist ein Europa mit solidarischen Bildungs- und Zukunftschancen für die junge Generation mit europäischer Identität und europäischer Verantwortung bei der Neuordnung der globalen Kräfte. Keine Abschottung, sondern Weltoffenheit und Verantwortung für die eine gemeinsame Welt müssen Europas Leitmotive sein, wenn Klimawandel und Ressourcenknappheit, globales Bevölkerungswachstum und Migration

50 sowie Kapitalkonzentration demokratisch bewältigt werden sollen. Die höchste Priorität
deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik ist es, eine gemeinsame
gesamteuropäische Friedensordnung zu entwickeln. Mit den Staaten der Europäische
Union, aber auch darüber hinaus. Alle europäischen Staaten finden Sicherheit, Wohlstand
55 und die Aufrechterhaltung der ökologischen Lebensgrundlagen nicht gegeneinander,
sondern nur miteinander. Für alles das braucht es Europa.

Deshalb gilt jetzt erst recht: Wir haben auch weiterhin die Vision der **Vereinigten Staaten
von Europa** im Blick. Mit Leidenschaft und Mut wollen wir dieses Leitziel nicht aus den
Augen verlieren. Es ist unser Gegenentwurf zu einem Europa der nationalen Egoismen.

60 **Am 26. Mai gilt's: 11 zentrale Ziele der SPD Schleswig-Holstein**

Die Rechtspopulisten haben in Brüssel eine starke Stimme. Viele Chancen werden wir nicht
mehr haben, ihren Vormarsch zu stoppen und für sozialdemokratische Anliegen Mehrheiten
zu bekommen. Uns ist klar: Am 26. Mai gilt's. Wer die SPD wählt, entscheidet sich für
65 Europa:

1. Wir werden **soziale Grundrechte und hohe soziale und ökologische (Mindest-) Standards** bei Löhnen und in den Sozialversicherungssystemen durchsetzen, um
70 drohende Verarmungs- und Spaltungsprozesse zu bremsen, Lohn-, Sozial- und
Steuerdumping abzuschaffen sowie die Gesundheitsvorsorge und Lebensgrundlagen
zu erhalten. Entschlossen werden wir deshalb auch den Kampf gegen Antibiotika-
Resistenzen angehen.
2. Wir wollen einen **Arbeitsmarkt** gestützt auf sozialen Dialog gestalten, der
75 Arbeitslosigkeit europaweit bekämpft, prekäre Arbeitsverhältnisse und
Scheinselbstständigkeit verhindert und gerechte Mindestlöhne garantiert. Dabei
bildet für uns die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen besonderen
Schwerpunkt. Kein Abschluss ohne Anschluss muss eine europaweite Garantie sein.
Die Einrichtung eines permanenten europäischen Jugendbeschäftigungsfonds und
80 der Ausbau der europäischen Austauschprogramme sowie die Unterstützung junger
Menschen mit einem europäischen Mobilitätsprogramm können weitere sein. Wir
lassen nicht zu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander
ausgespielt werden. Dafür sorgen Lohngleichheit von Frauen und Männern,
grenzüberschreitende Tarife und europäische Tarifverhandlungen. Die
85 „Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit“ ist ein schleswig-holsteinischer
Beitrag, um Sozialdumping sowie Missbrauch bei Werkverträgen, Leih- und
Zeitarbeit auszuschließen - nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus
Osteuropa.
3. Wir stehen für ein Europa, das die Menschenwürde nicht verhandelt, sondern Hilfe
90 leistet, wo Unterstützung geleistet werden muss und alle Mitgliedstaaten in eine
solidarische Pflicht nimmt. Hilfebedürftige Menschen dürfen nicht allein gelassen
werden. Die europäische Ebene kann den Kommunen direkt bei den
Integrationsleistungen helfen. Ein einheitliches europäisches **Asylrecht** ist nötig, das
sich an humanitären Grundsätzen orientiert und gemeinsam erarbeitet und umgesetzt
95 werden muss. Gleichzeitig braucht es Wege der legalen Einwanderung. Die
Außengrenzen Europas müssen gesichert und die Flüchtlinge innerhalb der EU
solidarisch verteilt werden. Die Länder an den EU-Außengrenzen dürfen nicht im
Stich gelassen und Angriffe auf Flüchtlingshelfer und NGOs im Mittelmeer müssen
geächtet werden. Durch die Unterstützung regionaler entwicklungspolitischer
100 Initiativen und Projekte kann und muss Schleswig-Holstein mit dazu beizutragen,
die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen.
4. Wir sichern eine leistungsstarke **öffentliche Daseinsvorsorge**. Wir wollen allen
Bürgerinnen und Bürgern in Europa einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit,
sozialen Diensten, Bildung, Kultur, Energie- und Trinkwasserversorgung (und
Entsorgung), öffentlichem Personennah- und -fernverkehr, flächendeckende
105 Breitbandversorgung und anderen Dienstleistungen und Gütern sichern. Wir wollen,

dass die öffentliche Daseinsvorsorge eigene Aufgabe Europas wird.

5. Wir gestalten die **industrielle Erneuerung mit einer europaweiten Energiewende** und der Schließung der Stoff- und Ressourcenkreisläufe. Die Europäische Union muss weltweiter Vorreiter bei der „green economy“ werden; das Gleiche muss für Deutschland innerhalb der EU gelten. Hierauf soll sich auch die Forschungs- und Förderpolitik konzentrieren. Wir werden die Förderung der Atomenergie durch die Europäische Union beenden. Der EURATOM –Vertrag soll in einen Vertrag zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen (EURONEW) umgewandelt werden. So wird es ein Umsteuern weg von fossilen Energien wie Kohle und Öl geben. Wir können uns keine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners mehr leisten, sondern brauchen ein Modell des „voneinander Lernens“.
6. Europaweite **Netzneutralität** (offenes Internet/alle Daten sind gleich) öffnet den Zugang zu einem digitalen Binnenmarkt für alle. Wir brauchen einen starken europäischen Datenschutz auf höchstem Niveau, der insbesondere die Rechte der Bürgerinnen und Bürgern wahrt und durchsetzt. Europaweit müssen wir uns mit ethischen und wirtschaftlichen Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz auseinandersetzen.
7. Wir werden die **Finanztransaktionssteuer** endlich einführen, um die Finanzmarktakteure an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen. So wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden können. Das setzt solide Einnahmen voraus. Die Lücken zwischen nationalen Steuersystemen, die von multinationalen Konzernen zur Steuervermeidung genutzt werden, müssen geschlossen werden. Wir wollen uns für die Einführung einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und von Mindeststeuersätzen und für ein umfassendes europäisches Investitionsprogramm einsetzen. Die Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Mitgliedstaaten muss künftig koordiniert und abgestimmt werden. Perspektivisch ist eine Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum einzurichten und ein gemeinsames Finanzbudget zu schaffen. Nur mit einem breit angelegten europäischen Investitionsprogramm kann Europa aus der Wachstumsschwäche herausgeführt werden. Dies ist eine ebenso wichtige Maßnahme wie die Schaffung einer Banken-Union, die einen europaweiten Abwicklungs- bzw. Einlagensicherungsfonds umfasst, unter angemessener Beteiligung von Anteilseignern und Kreditgebern. Der Teufelskreis zwischen angeblich „alternativloser“ Bankenrettung und nationalstaatlicher Verschuldung muss durchbrochen werden. Der Abbau der (finanzkrisenbedingten) Staatsverschuldung in den EU-Mitgliedstaaten über die notwendige partielle und temporäre gemeinschaftliche Haftung für Staatsschulden kann über einen europäischen Schuldentilgungsfonds bewerkstelligt werden.
8. Wir brauchen **Ordnungsstrukturen im globalen Wettbewerb**. Der faire Wettbewerb ist längst in Gefahr. Sozialdemokratische Standards bei den demokratischen Grundrechten, Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz sollen integraler Bestandteil der Handelsbeziehungen mit Drittländern sein. Auch die Gesundheitsversorgung, der Erhalt endlicher Ressourcen und der Artenvielfalt sind für uns hohe Güter. Das geht nur über Handelsabkommen, die dem Markt klare Regeln geben. Dabei gilt für uns: Fairhandel statt Freihandel. Eine Aushebelung der Demokratie werden wir nicht zulassen.
9. Wir wollen den Ausbau und die Verwirklichung des **Schutzes der Minderheiten** in der gesamten Europäischen Union. Dazu müssen mit einem/r EU-Minderheitenkommissar*in an der Spitze verbindliche Verantwortlichkeiten für Minderheitenangelegenheiten geschaffen werden, die für die Durchsetzung der Minderheitenrechte und der verabredeten Standards für den Umgang mit Minderheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie die Wahrung der kulturellen Vielfalt in der Union sorgen. Wir unterstützen die „Minority Safepack Initiative“, die ein umfassendes politisches Maßnahmenpaket für die Rechte nationaler und

sprachlicher Minderheiten in Europa fordert.

10. Das Konzept biregionaler Beziehungen und Partnerschaften bleibt für uns zentraler Bestandteil europäischer **Friedenspolitik**. Das Zusammenwachsen der Regionen über eine gemeinsame politische Partnerschaft zu fördern, den Austausch zwischen Staaten zu intensivieren und die Zusammenarbeit zu festigen – so wird die EU als Friedensprojekt Vorbild für andere. Über eine Vertragsänderung wollen wir das Europäische Parlament hieran künftig beteiligen. Eine engere Verzahnung der bestehenden Rüstungsressourcen muss langfristig zur Abrüstung auf dem europäischen Kontinent führen. Wir stehen für ein soziales Europa, das nicht in Aufrüstung, sondern in Bildung und Zukunft investiert.

11. Wir stellen uns konsequent gegen den Rechtsruck in Europa. In uns haben die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten ihren entschiedensten Gegner.

II. Schleswig-Holstein – wir wollen Vorreiter sein!

Für die SPD Schleswig-Holstein hat die Zusammenarbeit mit unseren nördlichen Nachbarn eine besondere Bedeutung. Schleswig-Holstein profitiert von Europa, insbesondere aber dem Baltikum. Die Förderprogramme sind ein greifbarer und erlebbarer Beleg. Die europäischen Fördermittel für das Land Schleswig-Holstein müssen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung eingesetzt und soziale Ungerechtigkeiten abgefedert und ausgeglichen werden. Dafür müssen auch unsere Kommunen und Verwaltungen fit für Europa gemacht werden.

Die Tradition grenzüberschreitender Zusammenarbeit haben wir mit Ministerpräsident Björn Engholm bereits 1988 begonnen, als Europa noch geteilt war. Dies sollte wieder ein geliebter Teil der Entspannungs- und Friedenspolitik sein. Damals wie heute haben wir die Kontakte gesucht und eine Minderheitenpolitik gelebt, die Vorbild in Europa ist. Diese Rolle wollen wir mit den Nachbarn an der Ostsee im Rahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum in Form einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Modellregion ausbauen, die eine neue Dynamik in die gesamte europäische Entwicklung bringen wird. In den vergangenen Jahren mussten wir auch Rückschritte hinnehmen. Diese belegen aber vor allem den Bedarf an guten Kontakten zu Russland, das in fast allen Gremien der Kooperation vertreten ist. Kommunikation ist eine Basis und darf nie aufgegeben werden. Unser **Zukunftsbild der Ostseeregion** bleibt uns Verpflichtung.

Die Region der Zukunft steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für

- eine neue Vision, in der demokratische Teilhabe gefördert und verbessert wird. Schleswig-Holstein ist für die Umsetzung der Priorität Kultur in der EU-Ostseestrategie zuständig, die Förderung der Ostseeidentität ist dabei zentral;
- die effektive Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheiten im Arbeitsmarkt und die Förderung der Inklusion;
- den Beleg, dass hochwertige Produkte, effiziente Organisation, Innovationen und hohe soziale Standards im weltweiten Wettbewerb verknüpft werden können und „Blaues Wachstum“ spürbar wird;
- eine Neuauflage der Initiative Zukunft Meer, die den Nachhaltigkeitsaspekt der europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie besonders in den Fokus stellt;
- das Meer als zentraler Bestandteil der Ostseeraumpolitik, deshalb werden wir Plastikverpackungen konsequent reduzieren;
- die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, um gerade in schwerer zugänglich und dünner besiedelten Gegenden die Versorgung der Menschen sicherzustellen, beispielsweise in der Infrastruktur des Gesundheits- und Pflegewesens und so Digitalisierung, beispielsweise bei eHealth, erleben lässt;
- Offenheit für Neues. Auch deshalb wollen wir einen intensiven Austausch und Ausbau von eSports vorantreiben;
- weltweit konkurrenzfähige Cluster, die auf regionaler Stärke und gemeinsamen Anstrengungen beruhen, wissenschaftliche Kooperationen müssen noch enger

gefördert werden;

220

- eine lange Tradition maritimer Verkehrsinfrastruktur, die das Prinzip „From Road to Sea“ konsequent umsetzt und in der auch eine hierauf „integrierte maritime Politik“ ausgerichtet ist;

225

- eine Modellregion der Nachhaltigkeit, in der mit der Nutzung erneuerbarer Energien und einer Steigerung der Energieeffizienz sowie einer engeren Energie-Kooperation Energiesicherheit hergestellt, Stoffkreisläufe geschlossen werden und in diesen Bereichen viel mehr Beschäftigung geschaffen wird;

230

- eine lebhafte Nutzung der vorhandenen Kooperationsstrukturen und des Dialogs. Innerhalb der EU-Ostseestrategie müssen gerade die Regionen besser an der Umsetzung beteiligt werden. Jugendaustausch und die Verankerung des Dialogs mit der Jugend in den Gremien bleiben zentrale Anliegen.

235

Für eine gute Zukunft braucht Schleswig-Holstein ein solidarisches und geeintes Europa ohne Grenzen. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen der Gesellschaft ein. Auf diesem Weg lassen wir uns nicht von den derzeitigen Grenzkontrollen einzelner Nachbarstaaten irritieren. Insbesondere die engen Kooperationen mit Dänemark bleiben für auch uns im Rahmen der Ostseekooperationen und der Nordseestrategie wichtige Anliegen. Die SPD Schleswig-Holstein möchte mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin ein Vorreiter eines offenen, toleranten und sozialen Europas sein.

Antragsbereich *Ä*/Antrag 1

AfA

Änderungsantrag zum Antrag EU1

Die Delegierten werden gebeten nachfolgendes mitzutragen und zu beschließen unter Ziffer 2 nach Zeile 87 im Antrag EU1 einzufügen.:

5

FÜR EIN EUROPA
DER ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

10

Die Arbeitnehmer*innen auf unser Kontinent, in die Europäische Union sind seit geraumer Zeit in eine sehr schwierige Situation. Die Nord SPD fordert folgende fünf Reformen anlässlich der Wahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr:

15

- Vorrang für die Realwirtschaft. Strohfirmen und die Verlagerung von Unternehmenssitzen sollten strikten Regelungen unterliegen. Ein Unternehmen sollte sich nur in einem Land registrieren dürfen, in dem es auch faktische Geschäftsaktivitäten betreibt. Außerdem sollten Unternehmen durch entsprechende Bestimmungen daran gehindert werden, die Zahlung von Steuern an dem Ort, an dem der Realwert geschaffen wird, zu umgehen. Dazu gehört auch ein nach Ländern aufgegliedertes Rechnungslegungssystem, eine harmonisierte Steuerbasis und Nulltoleranz gegenüber allen Steueroasen.

20

- Schaffung einer unabhängigen, für Arbeitnehmermobilität zuständigen Behörde. Diese finanziell und personell voll ausgestattete Behörde muss effektive Befugnisse haben, insbesondere, um Regelungen vorzuschlagen und durchzusetzen, die EU-Arbeitnehmer schützen, wo immer EU-Koordination erforderlich ist.

25

- Stärkung der Beteiligung von Arbeitnehmern an Unternehmen. Arbeitnehmer sollten das Recht haben, Arbeitnehmervertreter zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen, wie es bereits in 18 der 28 Mitgliedsstaaten und in 44 % der größten EU-Unternehmen der Fall ist. In Ländern, die dieses Recht neu einführen, sollte den bestehenden Traditionen und Praktiken in Bezug auf industrielle Beziehungen dabei Rechnung getragen werden. Die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten im Allgemeinen müssen ebenfalls gestärkt werden.

- Schaffung einer zwingenden Sorgfaltspflicht in Bezug auf Subunternehmer. Neue Regelungen müssen große Unternehmen dazu verpflichten, ihre gesamte Lieferkette zu

30 überwachen, um die Verletzung von grundlegenden Menschen- und sozialen Rechten durch
ihre Subunternehmer zu verhindern.

- Schaffung eines verbindlichen Informationssystems, das an die Herausforderungen des
21. Jahrhunderts angepasst ist. Normen im Bereich Rechnungslegung sollten nicht einem
privatwirtschaftlichen Gremium (International Accounting Standards Board) überlassen
35 sein, das vor allem am Shareholder Value interessiert ist, sondern müssen auch die
Nachhaltigkeit berücksichtigen. An der Entwicklung von Extra-Financial-Reporting muss
auch weiterhin gearbeitet werden, um mehr Transparenz in Sozial- und
Umweltangelegenheiten zu schaffen. Darunter fallen auch Probleme im Bereich
Geschlechtergleichstellung, die noch viel entschlossener angepackt werden müssen.

40 Die vorstehend genannten Reformen sind bei weitem nicht erschöpfend, zeigen aber die
Richtung, in die die neuen Maßnahmen gehen sollten: EU-Arbeitnehmer*innen dürfen
beim Aufbau der EU nicht mehr länger außen vor bleiben. Solche wichtigen Reformen - die
die Grundlage für die neuen Rechte und Pflichten von Unternehmen schaffen - dienen als
Entwurf für ein neues europäisches Modell, das nicht nur Staaten, deren Rechte zu
45 uneinheitlich sind, näher zusammenbringen, sondern auch dafür sorgen kann, dass wir uns
vom angelsächsischen Modell und vom Kapitalismus asiatischer Prägung abheben. Dieses
neue europäische Modell basiert auf dem Erbe eines Humanismus, der bei der
Globalisierung seine Kraft entfalten muss. Die Zeit für Veränderung ist jetzt!

50 **Begründung:**

Etwas läuft schief in der Europäischen Union; folgende Fragen veranschaulichen das
Problem: Wie kann es richtig sein, dass Hunderttausende von Briefkastenfirmen entstehen
konnten, wenn das Ziel dieser Scheinunternehmen darin besteht, Besteuerung und
Arbeitsgesetze zu umgehen? Wie ist es zu erklären, dass Entscheidungen des Europäischen
55 Gerichtshofes die Einschränkung der Grundrechte von Arbeitnehmern ermöglichten, um
Geschäftskonzepte zu unterstützen, deren Zweck einzig darin bestand, den Schutz der
Arbeitnehmer zu untergraben? Wie konnten immer wiederkehrende Enthüllungen wie in
den Panama Papers und den Paradise Papers, die die Unfähigkeit der EU darlegen,
Steuerhinterziehung durch reiche Einzelpersonen und große Unternehmen zu verhindern,
60 ohne Folgen bleiben? Und schließlich: Wie konnten wir hinnehmen, dass trotz Skandalen
wie dem Einsturz des Rana Plaza-Gebäudes in Bangladesch viele Unternehmen noch
immer mit Lieferanten zusammenarbeiten, die die grundlegendsten sozialen, Umwelt - und
Menschenrechte ignorieren? Warum gibt es Rechtssicherheit für Unternehmen und
Investoren, die sich in Europa über nationale Grenzen bewegen, für Arbeitnehmer aber
65 nicht?

Die „Shareholder Primacy“-Theorie - also der Vorrang der Anteilseigner - wird von der
Europäischen Kommission gefördert. Dabei werden Realwirtschaft und Arbeitnehmer
vergessen. Infolgedessen sind die Gewinne seit den 1990ern auf Kosten der Löhne
70 gewachsen. Das ergibt keinen Sinn. Arbeitnehmer*innen sind ein Kernbestandteil von
Unternehmen: Die Anteilseigner bringen Kapital ein, die Arbeitnehmer ihre Zeit, ihre
Kompetenz und ihr Leben. Darum ist es an der Zeit, die Situation der über 140 Millionen in
Unternehmen arbeitenden EU-Beschäftigten zu überdenken. Die Wahlen zum
Europaparlament finden in 2019 statt und wir möchten die bevorstehende Debatte auf die
75 richtige Grundlage stellen.

Antragsbereich A/Antrag 2

AfA

Änderungsantrag zum Antrag EU1

Die Delegierten des Landesparteitags werden gebeten nachfolgendes mitzutragen und zu
beschließen unter Ziffer 7 in Zeile 123 einzufügen:

DIE EUROPÄISCHE UNION BRAUCHT ZWISCHEN DEN MITGLIEDSSTAATEN EINEN FINANZAUSGLEICH

5

Die Nord SPD fordert zur Herstellung gleicher Lebensverhältnissen, zum Ausbau und zur Stabilisierung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten, zur konsequenten Absicherung von Freiheit, Demokratie und Recht die Einführung eines Finanzausgleichs zwischen den Mitgliedsstaaten (nach dem Beispiel des Länderfinanzausgleichs in Deutschland), insbesondere in den Euro-Ländern.

10

Mit der Einführung der einheitlichen Währung - bei gleichzeitigem Tatbestand der Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Volkswirtschaften und des einhergehenden Fehlens der Kompensation über die Wechselkursentwicklungen - muss nach Auffassung der Sozialdemokratie in Deutschland eine konsequente Kurskorrektur vorgenommen werden.

15

Für die 500 Millionen Bürger*innen müssen die Institutionen der Europäischen Union den Ausgleich zum sozialen und politischen Zusammenhalt organisieren, verbriefen und garantieren, d.h. neben dem angestrebten Finanzausgleich konkret:

20

- ein Ende der Sparpolitik,
- die beharrliche Bekämpfung von Armut und Ungleichheit,
- die Einführung einer verbindlichen sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen und die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte,
- mehr Rechte für die Arbeitnehmer*innen und die Stärkung der Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Mitbestimmung im Betrieb,
- Ausbau der Ordnungs- und Schutzfunktion (der Kapitalismus und die digitale Transformation bedürfen der Einhegung) - klarer und neuer Regeln,
- Ausbau von Sozialschutz und Arbeitsmarktregulierung im technologischen Wandel und in der außenwirtschaftlichen inklusiven Globalisierung,
- die Zulassung und Gewährleistung von grenzüberschreitende Aktionen zur Durchsetzung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten entlang der Wertschöpfungsketten in multilateralen Unternehmen,
- strikte Umsetzung der Entsenderichtlinie zur Einschränkung der Lohnkonkurrenz,
- Einrichtung einer koordinierenden Europäischen Arbeitsbehörde,
- die Fortsetzung der EU-Förderung der EURES-Grenzpartnerschaften sowie zur Information und Beratung über die fairen Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer*innen, die das Freizügigkeitsrecht in Anspruch nehmen,
- ein stärkeres Europäisches Parlament - nicht die EU-Kommission, sondern das Parlament muss Hüter der Verträge und gesetzgebendes Organ werden,
- den Marktradikalismus und die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge unverzüglich beenden, damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der sozialen Zusammenhalt, die kulturelle Vielfalt, die humane und menschenwürdige Migration sowie die Demokratie und der Frieden auf dem Kontinent nicht länger gefährdet werden,
- durch gleiche und verallgemeinernde Methoden (Steuerharmonisierung; Steuerkonkurrenz und Profitattraktion durch Manipulation von konzerninternen Verrechnungspraktiken abbauen) das Gleichgewicht in Europa verwirklichen,
- eine faire Handelspolitik, die die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung weltweit fördert und
- die Chancen und Perspektiven durch den Wohlstand für alle eröffnen.

25

30

35

40

45

50

Ein Finanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten, mindestens zwischen den Euro-Ländern, scheint unter diesen Erfordernissen ohne Option zu sein. Dieser Ausgleich eröffnet (ähnlich dem bundesdeutschen Länderfinanzausgleich) die Chancen auf einen entscheidenden Beitrag zum moralökonomischen Gleichgewicht hin zur Schaffung von gleichen Lebensbedingungen und -verhältnissen in ganz Europa.

55

AsF

Änderungsantrag zum Antrag EU1

Teil I, Z.3 und in allen folgenden Textstellen ergänzen:

„Frieden, Freiheit, **Gleichstellung** und Wohlstand in Europa“

5 Z.17 einfügen nach „ ... nicht wiederholen kann.“:

„Europa muss in einer gefährlich auseinanderdriftenden Gesellschaft fühlbar mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität verwirklichen.“

10 Z.26 einfügen nach „abgesenkt“: *oder an anderer Stelle?*

„, in vielen Ländern auch den Rechtsstaat ausgehöhlt und die Rechte von Frauen und Minderheiten gefährdet.“

15 Z.32 einfügen nach „ ... über die gemeinsamen“:

„, missachten Grundrechte und den Schutz von Minderheiten und bekämpfen teils unverhohlen die demokratischen Institutionen.“

20 Z.41 einfügen nach „Wohlstand“:

„, Gleichstellung und Minderheitenschutz.“

Z.49 einfügen nach „globales Bevölkerungswachstum“:

25 **„, regionale Konflikte“**

Anmerkung zu Z.50: U.E. ist es ein optimistischer Fehlschluss, „Kapitalkonzentration demokratisch bewältig[en]“ zu wollen. Gesucht wird eine Formulierung, welche sozialdemokratischer Programmatik besser Rechnung trägt!

30 Z.53 einfügen nach „Wohlstand“:

„, Rechtsstaatlichkeit“

Unterpunkt 1., Z.71 einfügen nach „ ... zu erhalten.“:

35 **„Dabei sind uns die reproduktiven Rechte von Frauen und die Bekämpfung weiblicher Altersarmut ein besonderes Anliegen.“** Danach anschließen: „Auch den Kampf gegen A.R. werden wir entschlossen angehen.“

Unterpunkt 2., Z.75 einfügen bzw. umformulieren nach „ ... verhindert“:

40 **„, den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit‘ verwirklicht, dabei den ‚Gender Pay Gap‘ endlich schließt, insgesamt auskömmliche Löhne anstrebt und den Mindestlohn noch einmal spürbar hebt.“**

45 Unterpunkt 3. ist nach unserer Einschätzung inhaltlich widersprüchlich und nicht auf der Höhe der gegenwärtigen politischen Diskussion („Spurwechsel“). Hier wird sicherlich noch nachgebessert werden. Dazu bietet die ASF – die in den vergangenen Jahren zahlreiche Beschlüsse zur Flüchtlings- und Migrationspolitik gefasst hat – gerne ihre Hilfe an!

Unterpunkt 4., Z.103 einfügen nach „Bildung“:

50 **„Information und Beratung,“**

Ebd. Z.105 einfügen nach „flächendeckender*) Breitbandversorgung“: *) war G-Fehler

„Zugang zu sicheren Kommunikationswegen“

55 Unterpunkt 5., Z.1112f. wie folgt ergänzen:

„Der EURATOM-Vertrag soll in einen Vertrag zur Förderung erneuerbarer Energien, **innovativer Speichertechnologien** und Energieeinsparungen ...“

60 Unterpunkt 8., Z. 148 einfügen nach „Grundrechten“:

„bei Gleichstellung, Arbeitnehmer_innenrechten ...“

Unterpunkt 9., Z.168ff. wie folgt ergänzen:

65 „Eine engere Verzahnung der bestehenden Rüstungsressourcen **und eine strenge Anwendung des ‚Gemeinsamen Standpunktes‘ der EU zu Rüstungsexporten** muss zu **einer fühlbaren Absenkung solcher Exporte** und zur Abrüstung auf dem europäischen Kontinent führen.“ Streiche: „langfristig“

70 Teil II, Z.178 einfügen nach „eine besondere Bedeutung.“:

„Von dort empfangen wir viele Impulse für eine freiere Kultur und eine fortschrittlichere Gesellschaftspolitik.“

75 Nach Z.197 als eigenen Kullerpunkt einfügen:

- **„die Fortsetzung, ja Intensivierung einer zeitgemäßen Gleichstellungspolitik nach dem Vorbild der skandinavischen Länder, die uns auf diesem Gebiet immer noch weit voraus sind;“**

80 + ggf. eigener Verweis auf die „Union of the Baltic Cities“

Schlussatz ergänzen: „ein Vorreiter eines offenen, toleranten, **gleichberechtigten** und sozialen Europas sein.“

85 **Begründung:**

Die ASF stellt – nicht zum ersten Male – fest, dass ein Leitantrag zu einem wichtigen Wahlkampf und aktuellen Thema in seiner Ursprungsfassung fast jeden gleichstellungspolitischen Bezug vermissen lässt. Dies kann gerade zur Europawahl 2019 so nicht bleiben, da bekanntlich die EU jahrzehntelang ein Motor einer fortschrittlichen Gleichstellungspolitik war – während Deutschland auf diesem Gebiet noch stark hinterherhinkte. Kaum überraschend, geht der bisherige und weiter drohende Rechtsruck in vielen europäischen Ländern massiv zu Lasten von Frauen: insbesondere ihrer reproduktiven Rechte sowie von Frauengesundheit im Allgemeinen, Schutz vor – zumal häuslicher – Gewalt, politischer Repräsentation und ökonomischer Selbstbestimmung. Dazu „passt“, ganz aktuell, die Abschaffung wissenschaftlicher Studiengänge und Forschungen zu Geschlechterrollen in Ungarn.

Ohne eine stärker gleichstellungspolitische Komponente wird auch die notwendige friedenspolitische Neubestimmung der EU zum Scheitern verurteilt sein (vgl. Resolution des UN-Sicherheitsrates 1325). Dass Katarina Barley zur SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert ist, versteht die ASF hingegen als sehr hoffnungsvolles Signal!

100 Im Folgenden unsere Ergänzungsanträge zur aktuell vorliegenden Fassung des Leitantrags. Für Rückfragen des SPD-Landesvorstandes stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Änderungsantrag zum Antrag EU1

Einfügen in Zeile 146 mit Neunummerierung:

8. Wir fordern ein einheitliches und gerechtes Steuersystem für Unternehmen in Europa. Sie sollen dort Steuern zahlen, wo Gewinne tatsächlich erwirtschaftet werden.

5

Einfügung in Zeile 173:

Wir wollen, dass die Städtepartnerschaften verstärkt genutzt werden, um Fremdenhass abzubauen. Insbesondere Bürgerinnen und Bürgern wird die Teilnahme an Städtepartnerschaften ermöglicht.

10

Änderungen in Zeile 175:

Für die SPD Schleswig-Holstein hat die Zusammenarbeit mit unseren nördlichen und östlichen Nachbarn im Ostseeraum eine besondere Bedeutung. Schleswig-Holstein profitiert von Europa, insbesondere aber von seiner Lage an der Ostsee. Die Förderprogramme sind ein greifbarer und erlebbarer Beleg. (...)

15

Einfügung in Zeile 210:

- den sorgsamem Umgang mit der Ressource Fisch. Deshalb wollen wir uns auf europäischer Ebene weiter für die nachhaltige Fischerei in Nord- und Ostsee sowie den Erhalt der kleinen und handwerklichen Fischerei einsetzen.

20

Einfügung in Zeile 215:

- den Ausbau und Förderung von Bildungsk Kooperationen mit Schulen, im Ausbildungsbereich, dem Handwerk und den Hochschulen insbesondere im deutsch-dänischen Grenzbereich. Der grenzüberschreitende Austausch stärkt den europäischen Zusammenhalt und erweitert die Perspektiven junger Menschen. Wir werden noch mehr Schulen ermuntern, den Austausch im Ostseeraum zu suchen und europäische Demokratie auf diese Weise erlebbar zu machen.

25

30

Einfügung in Zeile 236:

Die Europäische Union beschränkt sich nicht nur auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern organisiert den sozialen Zusammenhalt - viele Herausforderungen lassen sich nicht allein auf der Ebene der Nationalstaaten lösen. Mit der Neubelebung der Ostseepolitik wollen wir uns im Norden Europas diesen gemeinsamen Aufgaben stellen.

35

Vor Ort in Europa

Neue europäische Identität durch Stärkung von Daseinsvorsorge

Das zusammenwachsende Europa der letzten Jahrzehnte, wie wir es kennen, ist in Gefahr – in vielfacher Hinsicht: Ein wichtiges Mitgliedsland verlässt die Europäische Union. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind kein verlässlicher Partner. Die Sicherheitslage muss neu definiert werden. Die unbewältigte Migration spaltet die Union. Die Unterschiede in

5

den Mentalitäten der europäischen Völker verschärfen vorhandene Probleme. Einzelne Mitgliedsländer verlassen den europäischen Wertekonsens. Die Gewaltenteilung des Rechtsstaats wird immer öfter in Frage gestellt.

10 In dieser ernsten Ausgangslage ist es von großer Bedeutung, die Akzeptanz der europäischen Idee trotz aller Rückschläge auch in Deutschland wieder zu verbessern und ihre Grundlagen zu stärken. Dies kann durch eine europäisch gestützte Daseinsvorsorge
15 gelingen – als Meilenstein einer für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger spür- und messbaren Reform und Vertiefung der Europäischen Union. So gelingt ein auch in Krisen- und Konfliktfällen handlungsfähiger europäischer Staatenbund.

Daseinsvorsorge europäisch stärken

20 Neben der großen Errungenschaft einer Europäische Union als Friedensgarant und Wertegemeinschaft, neben der in Europa erreichten Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit, neben dem Zusammenwachsen der europäischen Völker, das die heranwachsende Generation bereits als Normalität wahrnimmt, zählen auch europaweite Ausschreibungen und der sich erhöhende Druck, öffentliche Leistungen zu privatisieren zu den identitätsbestimmenden Merkmalen der Europäischen Union.

25 Die mit dem Rettungspaket für Griechenland enthaltenen Privatisierungs-Verpflichtungen, etwa in Bezug auf Flughäfen, beweisen das bis heute verfolgte Streben nach Marktliberalität. Dabei haben die vergangenen Jahrzehnte bewiesen, dass Privatisierungen häufig verfehlt waren. Nicht selten wurden sie während der letzten Jahre vor Ort – etwa bei
30 der Wasserversorgung – wieder rückgängig gemacht. Der Verkauf von Busflotten an ausländische Investoren, um die Busse gegen Gebühr zu leihen, hat sich als verfehlt erwiesen.

Europaweite Ausschreibungen erweisen sich für Kommunen und kleine Unternehmen als Überforderung und nicht selten als ein Instrument der faktischen Ausgrenzung von
35 Marktteilnehmern und Verzögerung von Maßnahmen. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen.

Als Friedensgarant und Wertegemeinschaft muss die Europäische Union auch nach innen gefestigt sein. Hierfür braucht Europa identitätsstiftende Veränderungen. Europa muss im
40 Alltag für die Menschen und ihr persönliches Umfeld eine Perspektive von Schutz und Verlässlichkeit bieten. Ein stabiles Europa verlangt dabei auch, Fehlentwicklungen und daraus resultierende Reformbedarfe zu benennen – im Lichte der heutigen Anforderungen an die Staaten Europas.

45 Eine Ökonomie, die blind vor ihren Folgeeffekten ist, verfehlt ihren Zweck. Es sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass auch Normalverdiener ein kleines Finanzvermögen als Sicherheit, insbesondere für das Alter, ansparen können, ohne sich auf riskante, spekulative Dinge einzulassen. Politisch gewollte Inflation bei zugleich ebenfalls gewollter minimaler Verzinsung entwertet die als Vorsorge ersparten kleinen Vermögen und untergräbt das Vertrauen in die Politik. Der Markt muss dem Menschen dienen und nicht
50 umgekehrt. Es geht um die demokratiekonforme Marktwirtschaft statt um die marktkonforme Demokratie.

Insbesondere die staatlich garantierte Fürsorge kann die Verbundenheit von Menschen mit ihrer Region und den verantwortlichen Institutionen gewährleisten. Ein verlässlicher Staat
55 steht für Fürsorge von frühkindlicher Bildung bis zur Altenpflege. Die Leistungen bietet er unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit. Er garantiert sie auch, wenn Bedingungen individuell nicht erfüllt werden können. Dies ist ein Kernelement des Sozialstaates als Ausdruck einer wertegetreu funktionsfähigen Demokratie.

60 Ein starker Sozialstaat wie Staatenbund gibt auch der Privatwirtschaft einen gemeinwohlorientierten Rahmen. Zugleich sind auch einer wertekonformen

Privatwirtschaft die Grenzen des Marktes gesetzt, der ohne Gewinn nicht funktioniert.

65 Wenn die Grenzen des Marktes die Lebensadern einer Gesellschaft betreffen und Leistungen fortfallen oder nicht mehr für alle Menschen verfügbar sind, fühlen sie sich auch vom Staat im Stich gelassen. Dann wenden sie sich entweder von der politischen Mitgestaltung ab oder wählen den Protest. Im Kern geht es dabei um Angst vor verloren gehender Stabilität und Identität. Dies mag auch das derzeitige Aufwachen von Rechten und Faschisten in Europa begünstigen.

70 Örtliche Institutionen, vom Rathaus über die kommunalen Stadtwerke, Kindertagesstätten bis hin zum Seniorenheim, können und müssen für eben diese Stabilität und Verlässlichkeit stehen, mit der Menschen ihre persönlichen Perspektiven verbinden können und Schutz bzw. Fürsorge erfahren.

75 Damit ist insbesondere die kommunalpolitische Ebene der Zenit politischer Bindung und zugleich Maßstab für das Vertrauen in alle weiteren staatlichen Ebenen und Institutionen, denen nicht zuletzt eine Garantenstellung für Daseinsvorsorge zukommt. Daseinsvorsorge wird hierdurch auch eine Landes-, Bundes- und europäische Aufgabe.

80 Daseinsvorsorge ist sachlich nicht definiert. Je nach den gesellschaftlichen Bedarfen wandelt sich das Verständnis von Aufgaben der Daseinsvorsorge. Erfasst sind Leistungen, die für das gesellschaftliche Leben auch jenseits funktionierender Märkte unverzichtbar sind: Das Vorhalten von Wasser und bezahlbarem Wohnraum, die Aufbereitung von Abwasser, Müllentsorgung oder auch die Energieversorgung und Infrastruktur sowie
85 Bildung, die Pflege von Menschen, Gesundheitsversorgung, öffentliche Sicherheit, Feuerwehr, die Fürsorge für Menschen mit Behinderungen und eine gute Infrastruktur unter Einbeziehung des Internets zählen hierzu. Und auch Verfügbarkeit von gesunder Ernährung, Vorsorge für saubere Luft und Böden sowie Klima- und Ressourcenschutz müssen als Leistungen der Daseinsvorsorge gelten.

90 **Eine zukunftsfeste Identität für Europa kann eben hier ansetzen:**

95 Europa muss für Schutz und Fürsorge stehen. Europa muss Förderer und Garant für Leistungen der Daseinsvorsorge werden. Dies muss sich sowohl in den rechtlichen Rahmenbedingungen wiederfinden als auch im europäischen Haushaltsplan.

100 Während der Binnenmarkt und dessen Vertiefung erklärtes gemeinsames Ziel der Europäischen Union ist, gibt es kein solches in Bezug auf die Stärkung von Daseinsvorsorge, auch wenn sie den Mitgliedstaaten grundsätzlich zugestanden wird. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Erschließung des Binnenmarktes auch für den Dienstleistungsbereich war und ist die Daseinsvorsorge allerdings einem verstärkten europäischen Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck ausgesetzt. Eben hier muss eine Reform ansetzen.

105 Wir wollen Daseinsvorsorge im Zeichen europäischer Politik etablieren. Die Europäische Union muss es aktiv fördern, wenn Kommunen für bezahlbaren Wohnraum sorgen, wenn Kommunen und kommunale Verbände die Wasserversorgung leisten, wenn sie Schwimmbäder unterhalten und wenn sie Krippen- und Kitaplätze mit qualifizierten Beschäftigten sowie Seniorenheime unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit einrichten. Die Förderung und Stärkung von Daseinsvorsorge gilt es als Selbstverständnis und neues
110 Identitätsmerkmal der Europäischen Union aufzubauen. So kann eine neue Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger Europas zur Europäischen Union und eine neue europäische Identität geschaffen werden, die für ein stabiles Europa steht.

115 Daraus folgt für uns:

Die Stärkung der Daseinsvorsorge ist als gemeinsames europäisches Ziel zu verankern.

Gleiche Pflichten, gleiche Rechte – Ausländerwahlrecht bei der Europawahl ermöglichen

Als SPD stehen wir für möglichst gleiche Beteiligung von möglichst vielen. Das gilt für die Absenkung des Wahlalters – zuletzt auf 16 Jahre bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein – genauso wie für das Wahlrecht von Ausländern. Wie mit der Regierung von Björn Engholm im Jahr 1989 wollen wir an der Spitze der Bewegung für mehr Demokratie stehen.

Deshalb soll sich die SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass auch Menschen, die keine EU-Bürger*innen sind und dauerhaft in Schleswig-Holstein leben, das kommunale Wahlrecht erhalten.

Und die SPD-Bundestagsfraktion soll darauf drängen, dass auch Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben und keine EU-Bürger*innen sind, an den Wahlen für das Europäische Parlament im Jahr 2019 teilnehmen können. Wenn nötig, werden wir dafür den Vorschlag einer Änderung des Grundgesetzes einbringen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Inzwischen ist das nicht nur die gelebte, sondern auch die akzeptierte Realität. Allerdings gibt es immer noch viele Hürden für Integration. Dazu zählt das Wahlrecht.

Schon 1989 hat sich Schleswig-Holstein unter sozialdemokratischer Führung dafür entschieden, Menschen, die seit mindestens fünf Jahren berechtigt im Inland leben, das kommunale Wahlrecht zu ermöglichen. Dieser Vorstoß ist damals am Bundesverfassungsgericht gescheitert.

Inzwischen hat sich diese Position zumindest im Grundsatz durchgesetzt. Ausländische EU-Bürger haben dank des Vertrags von Maastricht das Recht, an kommunalen Wahlen in Deutschland teilzunehmen.

Jetzt ist es an der Zeit für weitere Schritte. Es ist nicht gerecht, dass Menschen, die seit vielen Jahren bei uns leben, Steuern zahlen und auf viele Arten zum Gemeinwesen beitragen, allein aufgrund ihres Passes von politischer Partizipation bei allen Wahlen ausgeschlossen werden.

Die Argumentationen gegen eine Ausweitung des Wahlrechts ähneln sich. Wir kennen sie vom politischen Kampf für die Abschaffung des Zensus-Wahlrechts oder aus den Auseinandersetzungen bei der Einführung des Frauenwahlrechtes.

Begründung:

erfolgt mündlich

Antragsbereich EU/ Antrag 4

AsF

Verbindliche gemeinsame Kontrolle und Einschränkung von Rüstungsexporten aus der Europäischen Union – dem Friedensnobelpreis gerecht werden!

Der „Gemeinsame Standpunkt“ der Europäischen Union zu Rüstungsexporten ist zu einer echten supranationalen Verbindlichkeit auszubauen. Das bedeutet mindestens eine nachprüfbar Einigkeit unter den Mitgliedstaaten in der Auslegung der „acht Kriterien“⁽¹⁾ –

5 letztlich jedoch, im Zuge vertiefter europäischer Integration, eine echte gemeinsame Rüstungsexportkontrollpolitik nach strengen Regeln, bei parlamentarischer Beschlussfassung und maximaler Transparenz für die Öffentlichkeit.

10 Die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU (GSVP, PESCO seit Ende 2017) ist verlässlich im Sinne der nachfolgend aufgeführten „acht Kriterien“ auszugestalten. In Anbetracht der aktuellen Weltlage sind die aus den Jahren 1998/2008 stammenden Kriterien absehbar zu verschärfen – niemals jedoch aufzuweichen.

Das Gleiche gilt für die tatsächliche Exportpraxis.

15 Ziel ist die Reduktion – nicht Ausweitung – von Rüstungsexporten aus dem Bereich der Europäischen Union. Die Nachverfolgbarkeit sämtlicher militärischer, auch Dual Use-Güter und Waffenkomponenten, in den Empfängerländern ist ab sofort zwingend einzurichten. Für den Austausch von Expertise und für Lizenzprodukte sowie exterritoriale Produktion unter dem Dach von Unternehmensbeteiligungen sind analoge Regelungen zu schaffen, die auch für private Firmen gültig sind.

20

1) Die Kriterien des „Gemeinsamen Standpunktes“ lauten wie folgt (Quelle: bpb):

25 **Kriterium 1:** Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten, insbesondere der vom UN-Sicherheitsrat oder der Europäischen Union verhängten Sanktionen, der Übereinkünfte zur Nichtverbreitung und anderen Themen sowie sonstiger internationaler Verpflichtungen

Kriterium 2: Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland

30

Kriterium 3: Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten

Kriterium 4: Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in einer Region

35 **Kriterium 5:** Nationale Sicherheit der Mitgliedsstaaten und der Gebiete, deren Außenbeziehungen in die Zuständigkeit eines Mitgliedsstaats fallen, sowie nationale Sicherheit befreundeter und verbündeter Länder

40 **Kriterium 6:** Verhalten des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung seiner Haltung zum Terrorismus, der Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und der Einhaltung des Völkerrechts

Kriterium 7: Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen

45

Kriterium 8: Vereinbarkeit der Ausfuhr von Militärtechnologie oder Militärgütern mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Staaten bei der Erfüllung ihrer legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse möglichst wenige Arbeitskräfte und wirtschaftliche Ressourcen für die Rüstung einsetzen sollten

50

Begründung:

55 Seit 1998 existiert ein – auf den o.g. Kriterien beruhender – Verhaltenskodex der EU-Mitgliedstaaten im Umgang mit Rüstungsexporten, der 2008 in einen „Gemeinsamen Standpunkt“ überführt wurde. Allerdings ist die Zuständigkeit und bereits die Auslegung dieses Standpunktes bislang Sache der Einzelstaaten geblieben. Dies führt zu mangelnder Transparenz und bleibt anfällig für Einzelfallentscheidungen, die dann doch wieder zu höheren Rüstungsexporten führen – und geführt haben. Die europäische Bevölkerung ist jedoch durchweg kritisch gegenüber derartigen Exporten und hat ein Anrecht darauf, diese

60 Haltung in parlamentarischer Diskussion und politischem Handeln auch auf EU-Ebene abgebildet zu sehen.

Antragsbereich EU/ **Antrag 5**

AsF

Deutschland muss die Solidar- und Wertegemeinschaft in Europa fordern und fördern

Wir wollen die europäische Wertegemeinschaft zu einer starken Solidargemeinschaft ausbauen, damit diese in Zeiten der Krisen und Unruhen einen gemeinsamen Standpunkt vertreten und aufeinander abgestimmt agieren kann.

5 Hierzu zählen wir:

- Eine europäisch zu stärkende Daseinsvorsorge.
- Den europäischen Außenhandel fair und nach den Maßgaben einer sozialökologischen Marktwirtschaft auszugestalten.

10 Auch das Wesen der Ausschreibungen muss den Maßgaben der Daseinsvorsorge gerecht werden.

15 Die Europäische Union muss anerkennen, dass sie gemeinsame Interessen auf dieser Welt vertritt und dass der Zusammenhalt untereinander ausschlaggebend dafür ist, wie erfolgreich sich diese in der neu formierten Welt durchsetzen und weiterbestehen kann.

Begründung:

(gilt der ASF als Prüfstein für das EU-Programm der SPD 2019):

20 Seit dem Jahr 2015, als mehrere Millionen Menschen aus Kriegsgebieten und stark verarmten Ländern, die keine echte Perspektive im Leben bieten, nach Europa gekommen sind auf der Suche nach Schutz und einer Chance im Leben, hat die Europäische Union begonnen sich tief zu spalten. Statt den Zusammenhalt unter den Staaten zu stärken und die Verantwortung untereinander zu teilen, schotteten sich Ländern wie Ungarn und Polen vollkommen ab. Nach den jüngsten Wahlen in Italien hat dort die neue Regierung beschlossen ihre Häfen für Rettungsschiffe, die geflüchtete Menschen auf hoher See retten, zu schließen. Rechtspopulisten in den Kernländern Europas wie Frankreich, Österreich und den Niederlanden verbreiten Fremdenhass und schüren nationale Ressentiments. Doch die echte europäische Krise hat schon viel früher begonnen. Es war bevor Großbritannien sich dazu entschied die europäische Union zu verlassen. Es war auch bevor Griechenland finanzielle Hilfen in Milliardenhöhen entgegennehmen musste, um weiterhin ein funktionierender Staat sein zu können. Es hat damit begonnen, als manche Mitglieder der EU anfangen sich ungerecht behandelt zu fühlen und abgehängt worden zu sein. Der Wohlstand innerhalb der EU ist zum Teil sehr ungleichmäßig verteilt. Statt diese Problematik zu erkennen und dagegen vorzugehen, bereicherten sich diejenigen, denen es sowieso bereits gut ging. Dazu zählt auch Deutschland.

35 Gerade Deutschland, welches so sehr durch die Europäische Union profitiert und von deren Erfolg lebt, hat bisher verschwindet wenig bis gar nichts getan um das Gefälle zwischen den europäischen Staaten zu beseitigen. Stattdessen pflegt Deutschland heute ein selbstgefälliges Selbstbild, indem es sich als den „guten Europäer“ darstellt, der in Krisen Finanzspritzen verteilt und als Gönner in mitten von Europa sitzt. Dies ist nicht nur reiner Selbstbetrug, sondern auch Verrat an der europäischen Idee, welche besagt, dass die Mitgliedstaaten Hand in Hand arbeiten, anstatt dass einer die Zügel an sich reißt. Deutschland hat sich in die scheinbar gemütliche Position begeben, durch seinen eigenen Wohlstand in der Lage zu sein, anderen Mitgliedstaaten Sparkonzepte und Bedingungen

aufzudrücken. Leider vergisst Deutschland immer wieder, dass nicht alle Europäer nach deutschen Vorschriften haushalten und arbeiten können. Jetzt, wo die EU eine ganzheitliche Lösung im Streit um die europäische Asylpolitik braucht, verweigern einige Länder die
50 Mitarbeit. Diese fehlende Kooperationsbereitschaft der europäischen Staaten geht auf eine verletzte Vertrauensbasis zurück. Deutschland muss verstehen, dass die ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sie daran hindern, aktiv am europäischen Krisenmanagement zu partizipieren. Um wirklich handlungsfähig zu werden, braucht die EU politischen Willen. Deshalb reicht es nicht aus, wenn die Bundeskanzlerin
55 auf politischen Gipfeln auf eine proeuropäische und solidarische Lösung im Asylstreit pocht. Es erfordert die Mitarbeit aller deutschen Minister und Ministerinnen, die ein offenes Bekenntnis zu Europa leisten müssen, um dann innerhalb ihrer Ressorts einen Beitrag für eine gesamteuropäische Lösung leisten zu können. Nur dann kann Deutschland authentisch wirken in seiner Forderung die EU als Werte- und Solidargemeinschaft zu erhalten und zu
60 stärken. Dies erfordert von der Bundesregierung selbst ein hohes Maß an Solidarität, so wie es Jürgen Habermas im Zeit Artikel vom 4. Juli 2018 ausdrückt: „Solidarität“ ist ein Begriff für die reziprok vertrauensvolle Beziehung zwischen Akteuren, die sich aus freien Stücken an ein gemeinsames politisches Handeln binden. Solidarität ist keine Nächstenliebe, aber erst recht keine Konditionierung zum Vorteil einer Seite. Wer sich
65 solidarisch verhält, ist bereit, sowohl im langfristigen Eigeninteresse wie im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, kurzfristig Nachteile in Kauf zu nehmen.“ Krisen können nur durch ganzheitliche europäische Lösungen bewältigt werden, sodass unser Kontinent auf die Herausforderungen der Zukunft langfristig vorbereitet ist.

Antragsbereich EU/ Antrag 6

Kreisverband Steinburg

Grenzkontrollen innerhalb der EU

Wir fordern die SPD Fraktionen im Landtag und im Bundestag auf, sich massiv dafür einzusetzen, dass die Grenzkontrollen innerhalb der EU an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes schnellstmöglich eingestellt werden.

5 Begründung:

Seit 2015 führen Deutschland, Frankreich, Schweden und Norwegen (nicht EU-Mitglied, aber Mitglied des Schengen-Raums), seit 2016 auch Dänemark, Kontrollen an ihren jeweiligen Binnengrenzen zu anderen Mitgliedsstaaten des Schengen-Raumes durch. Begründet wurde die Wiedereinführung der Kontrollen mit dem starken Anstieg von
10 Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten asiatischer und afrikanischer Länder. Rechtsgrundlage war das Schengen-Abkommen, das solche Kontrollen bei schwerwiegenden Bedrohungen der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit für 6 Monate gestattet.

15 Nachdem als Grund für die mittlerweile schon auf einen Zeitraum von 2 Jahren verlängerten innereuropäische Grenzkontrollen die Flüchtlingskrise allein als Argument nicht mehr ausreichend war, wurde von den Ländern nun die allgemeine Sicherheitslage und die Terrorgefahr als weitere Argumente herangezogen. Nun wollen diese Staaten auch
20 noch die Maximaldauer solcher Kontrollmaßnahmen von 2 auf 4 Jahre verlängern.

Begründung des Antrags: Die Kernidee der Europäischen Union basiert auf offenen Grenzen. Diese Freizügigkeit zählt für die meisten Europäer, insbesondere die jungen Menschen unter ihnen, zu den größten Errungenschaften der EU. In den vier Abkommen von Schengen (1985, 1990, 1995, 2005) ist geregelt, dass innerhalb des Schengen-Gebietes die Personenkontrollen bis auf Stichproben hinter den Landesgrenzen weggefallen und
25 Personen dafür an den Außengrenzen zu Drittstaaten nach einem einheitlichen Standard

kontrolliert werden.

30 Welche Wirkung die mittlerweile seit drei Jahren durchgeführten Kontrollen an den
Binnengrenzen Deutschlands bisher gehabt haben, konnte auf Anfrage im Bundestag vom
Innenministerium nicht dargelegt werden. Eine aussagekräftige Erfolgsstatistik gebe es
bisher nicht. Die Unsinnigkeit solcher Kontrollen zeigt sich nun insbesondere an der
Grenze zu Österreich, wo mit hohem finanziellem und personellem Aufwand ganze 5 von
35 60 Grenzübergängen überwacht werden. Professionellen Schleppern und sogenannten
„Gefährdern“ wird damit sicherlich nicht das Handwerk gelegt.

Wir fordern deshalb, dass der schnelle Abbau aller innereuropäischen Personenkontrollen
an Binnengrenzen und die Wiedereinführung der unbeschränkten Freizügigkeit gemäß den
gültigen Schengen-Abkommen ein Schwerpunktthema des Wahlkampfes zur Europawahl
40 wird. Wir wollen, dass die SPD auf Landes- und Bundesebene und zusammen mit der
europäischen S&D-Fraktion sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit dafür einsetzt, dass
Europa nicht wieder zurückfällt auf das Niveau lediglich wirtschaftlich kooperierender
Nationalstaaten, sondern voranschreitet auf dem Weg der Europäischen Integration.

Antragsbereich EU/ Antrag 7

Kreisverband Nordfriesland

Spitzenkandidatur zur Europawahl

Der SPD-Landesvorstand und insbesondere der Landesvorsitzende werden aufgefordert,
davon abzusehen, sich für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber für Spitzenkandidatur der
SPD Schleswig-Holstein zur Europawahl auszusprechen.

5 **Begründung:**

Erfolgt mündlich

Antragsbereich EU/ Antrag 8

AsF

Personalantrag Europa-Wahlkonferenz

Die ASF begrüßt es sehr, dass sich für die Kandidatur zum Europäischen Parlament aus
Schleswig-Holstein fünf qualifizierte und engagierte Bewerber_innen – darunter zwei
Frauen – gefunden haben. Sie fordert die SPD-Landeswahlkonferenz auf, einer der
weiblichen Kandidatinnen ihre Stimme zu geben.

5

Antragsbereich EU/ Antrag 9

Juso Landesverband S-H

Solidarische Bundesliste zur Europawahl 2019

Die ersten 16 Plätze der SPD-Bundesliste zur Europawahl sollen mit 16 Kandidat*innen
aus 16 Bundesländern, d. h. aus 16 SPD-Landesverbänden, besetzt werden.

Begründung:

5

Die SPD ist die Europapartei! Wir wollen Europa und seine Politik dichter an die Bürger*innen bringen. Vorgänge erklären, Mehrwerte aufzeigen und Vorurteile abbauen. Dafür ist es wichtig, dass es viele regionale Ansprechpartner*innen gibt. Wir fordern den SPD-Parteivorstand daher auf, der Europawahldelegiertenkonferenz einen Wahlvorschlag zu unterbreiten, der ein Grundmandat je Bundesland vorsieht. Auf den 16 ersten Plätzen des Wahlvorschlages also je eine*n Kandidat*in aus jedem Bundesland berücksichtigt wird.

Bildung

Besuch kultureller Einrichtungen verpflichtend in Fachanforderungen verankern

5 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, verpflichtende Besuche von kulturellen Einrichtungen in den Fachanforderungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächer zu verankern. Dazu zählen auf der einen Seite Museums- und Ausstellungsbesuche und auf der anderen Seite Opern-, Theater- und Konzertbesuche. Es ist sicherzustellen, dass in jeder Altersstufe (Grundschule, Unter-, Mittel- und Oberstufe) mindestens ein Besuch in beiden Bereichen von allen Schüler*innen absolviert wird.

Begründung:

10 erfolgt mündlich

Lehrerversorgungsquote

Der Landesparteitag möge beschließen und gleichzeitig an die Landtagsfraktion weiterleiten:

5 Die SPD Schleswig-Holstein und die SPD Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, die Landesregierung SH aufzufordern eine Lehrerversorgungsquote in Schleswig-Holstein von mindestens 107 Prozent im öffentlichen Schulsystem zu gewährleisten!

Partei

Aufnahme der Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker in die Liste der Arbeitsgemeinschaften der SPD

Der Landesparteitag der SPD Schleswig Holstein fordert den Parteivorstand auf, die Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker in der SPD in einer anerkannten Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassen.

5 **Begründung:**

10 Klimapolitik und Nachhaltigkeit werden in den nächsten Jahren auch in der SPD eine immer größere Rolle spielen. Das Klimaabkommen von Paris und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen müssen umgesetzt werden. Dazu ist für die Partei das Engagement und der Rat der Mitglieder, die sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigen, nützlich und erforderlich.

15 Es ist im übrigen nur schwer einzusehen, dass Bildungspolitiker und Gesundheitspolitiker eigene Arbeitsgemeinschaften haben, wie auch Juristen und Selbstständige, aber die im Umwelt- und Naturschutz aktiven Mitglieder nicht. Das muss dringend geändert werden.

Antragsbereich P/**Antrag 2**

*Ortsverein Lübeck-Burgtor
(Kreisverband Lübeck)*

Wir wollen mehr Demokratie wagen

Die Ziele einer neuen SPD-Organisations- und Informationsstruktur und deren Ausprägung sind:

5 **1. Eine kontinuierliche Wählerorientierung der SPD- Organisation.**

10 Organisationseinheiten der SPD wie, OV, Kreisverband, Unterbezirk, Landesverband, Bundesverband werden nach der räumlichen Ausdehnung der Wahlkreise in der Bundesrepublik Deutschland organisiert. Das SPD-OV Organisationsziel ist, das für jeden Kommunalwahlkreis ein OV gebildet werden soll. Land und Bund werden über das Delegierten - Prinzip für die Parteitage von Delegierten zusammengesetzt, die aus OV's kommen, die einen Landtagskreis, oder einen Bundestagswahlkreis repräsentieren. Da sich Wahlkreise verändern können, soll der OV sich nach dem Kern des WK organisieren und verantwortliche für jeden Stimmbezirk in den Vorstand wählen. Die jeweils übergeordnete Vorstand hat die Aufgabe, die Abbildung der SPD-Organisation zu den WK zu organisieren.(z.B. Kreisvorstand gründet die richtige Anzahl von OV's und sucht dafür SPD-Mitglieder).Ein OV kann auch 2 Wahlkreise repräsentieren.

15 **2. Enge Basisanbindung von SPD-Kreis, - SPD Landes - und SPD Bundesorganisation.**

20 Die Delegierten für Kreis, Land und Bund werden nicht mehr in Kreis,- Landesparteitagen sondern in den zuständigen SPD-OV's nominiert und gewählt.

Kreis : Delegierte aus jedem OV , der einen Kommunalwahlkreis abbildet.

Land : Delegierte aus den OV's die einen Landtagswahlkreis bilden,

Bund : Delegierte aus den OV's die einen Bundestagswahlkreis bilden.

3. Wählerorientierte, repräsentative Delegierten Struktur.

30 Die Delegierten Anzahl für Kreis-Unterbezirk-, Bezirk-Landes- Bundes-Parteitage richtet sich nicht nach Größe der Organisationseinheit, sondern ist überall auf jeden Wahlkreis bezogen gleich groß (Wie die Anzahl der Wähler pro Wahlkreis in etwa gleich groß ist) . Es gibt eine feste Anzahl von Delegierten pro SPD- Organisationseinheit die einen Wahlkreis abbildet (Vorschlag : 5 Delegierte).

4. Kontinuierliche, zeitnahe, SPD-basisorientierte, interne und bidirektionale SPD- Informationsorganisation.

40 Diskussionen und Entscheidungen im KV, LV, BuVo bleiben zumeist innerhalb der Mitglieder der jeweiligen "Vorstandsblase".Jeder Vorstand wird in der Zukunft ein System aufsetzen, bei dem während aller Sitzungen entschieden wird, welcher Top in Diskussion und Ergebnis unmittelbar SPD- intern veröffentlicht wird und die Inhalte werden unmittelbar nach der Besprechung in einer Cloud abgespeichert und der Link dazu in einer Email an die Basis verschickt. Zu jedem Punkt muss jedes SPD- Mitglied einen Diskussionsbeitrag abgeben können. Es ist das Ziel, das jedes SPD- Mitglied eine E-Mail Adresse für diese Informationsorganisation zur Verfügung stellt.

5. Kontinuierliche, zeitnahe, wählerorientierte, externe SPD- Informationsorganisation.

50 Entsprechend den Wahlkreisen soll inZusammenarbeitmit den SPD - Abgeordneten unter den Wählern eine SPD- naheSympathisanten-Gruppe aufgebaut und ausgebaut werden, die regelmäßig Emails mit Links zur SPD- Cloud von aktuellen Informationen, sowohl von der zuständigen SPD- Org, als auch von den SPD Abgeordneten erhält. Aktionen und Informationen inSozialen Medien (Facebook, Twitter usw.) sollen immer auf die Inhalte in der SPD Cloud hinweisen.

6. Das SPD Parteistatut muss entsprechend geändert werden.

60 Die neuen Strukturen sind die Organisations-Ziele neuer Vorstände und müssen innerhalb der nächsten 3 Jahre realisiert werden.

Begründung:

Mit der neuen Wähler- und Basisorientierten Organisation soll die SPD durch bessere Anbindung an die Menschen und bessere Information für die Menschen stärkste politische Kraft in Deutschland werden.

Antragsbereich P/Antrag 3

AsF

Möglichkeit einer freiwilligen Doppelspitze für sämtliche Gliederungen der Sozialdemokratie – zumindest jedoch für die Arbeitsgemeinschaften

5 Wie bereits für die Ebene der Ortsvereine, soll das Prinzip der freiwilligen Doppelspitze ab sofort versuchsweise für sämtliche Ebenen und für sämtliche Gliederungen der SPD gelten. Auf jeden Fall ist die Möglichkeit einer Doppelspitze zeitnah für die Arbeitsgemeinschaften einzurichten.

Für den Fall von geschlechtsgemischten Gremien ist die Parität einzuhalten.

Begründung:

10 Seit diesem Frühjahr, im Zuge von #SPDerneuern, ist die Forderung der ASF nach Zulassung einer – auf freiwilliger Basis – geschlechterparitätischen „doppelten Leitung“ für SPD-Gliederungen zumindest auf der Ortsvereinsebene verwirklicht. Uns sind zahlreiche OVe bekannt, die dies bereits umsetzen bzw. Anträge zur Umsetzung eingereicht haben.

15 Wir sehen dieses Pilotprojekt jedoch nur als „ersten Schritt“, um überall in der Partei eine Doppelspitze aus Mann und Frau zu ermöglichen. Dies gilt nicht nur im Sinne von mehr Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit, etwas bei der Festlegung von Sitzungsmodalitäten und Arbeitsweisen, sondern grundsätzlich auch zur Förderung von mehr Demokratie innerhalb der SPD. Eine echte Doppelspitze, anstelle eines Konstrukts von erstem/r Vorsitzenden und Stellvertreter/in, kann Sitzungsleitung wie Diskussionen auflockern, Themen und Temperamente „auffächern“ und, wo nötig, auch ein Korrektiv bieten. So lassen sich auch Fehlentscheidungen aufgrund von Einseitigkeiten vermeiden.

25 Diese Vorzüge einer „Doppelspitze“ bewegen uns dazu, dieses Modell auch für die ASF zu fordern (auch wenn hier das Argument der Geschlechterparität nicht greifen würde). Wo andere Arbeitsgemeinschaften bereits Doppelspitzen eingerichtet haben, geschah das ohne Absicherung durch die Satzung. Ohne eine solche Absicherung würden wir ungern arbeiten – aber noch weniger gern auf die Möglichkeit einer zeitgemäßen Vorstandsstruktur verzichten!

Antragsbereich P/**Antrag 4**

AsF

Eigenständige historische Arbeit der SPD erhalten

5 Die Abschaffung der Historischen Kommission der SPD lehnen wir ab und fordern den Parteivorstand auf, diese rückgängig zu machen. Auf jeden Fall muss auch in Zukunft sichergestellt sein, dass eine eigenständige Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sozialdemokratie innerhalb der SPD selbst stattfindet; und dass die Ergebnisse sozialdemokratischer historischer Arbeit auch in die aktuelle Gestaltung der Politik unserer Partei einfließen.

10 Die älteste und traditionsreichste Partei Deutschlands ist ohne Geschichtsbewusstsein nicht handlungsfähig. Dies gilt vermehrt zum 100-jährigen Jubiläum von „Novemberrevolution“ und Einführung des Frauenwahlrechts und mit Blick auf weitere Jahrestage, welche Schicksal und Scheitern der Weimarer Republik als erste deutsche Demokratie thematisieren werden. Es gilt zudem angesichts des besorgniserregenden Aufstiegs politischer Kräfte, welche mit totaler Geschichtsvergessenheit und Faktenverachtung operieren. Es gilt auch in der Erkenntnis der eigenen, zum Teil hausgemachten Krise der deutschen und europäischen Linken, denen mehr Wissen, Nachdenken und Austausch über ihre Historie gut anstehen würde!

Begründung:

20 Die Nachricht von der Abschaffung der Historischen Kommission der SPD ist ein Schock für geschichtsbewusst denkende Genoss_innen – und eine Peinlichkeit in der gesamten übrigen Welt! Das finanzielle Argument scheint uns vorgeschoben, da für die repräsentative Ausrichtung zuletzt sehr zahlreicher Parteitage und Diskussionsveranstaltungen genügend Geld da war. Das Datum – „passend“ zur 100-Jahr-Feier von Frauenwahlrecht und Republik in Deutschland – macht nichts besser. Die derzeit anscheinend geplante Auslagerung sozialdemokratischer Geschichtsarbeit an die FES ist nur eine halbherzige Lösung, da dieser Verein schwerpunktmäßig andere Aufgaben wahrnimmt und wahrzunehmen hat. Die Geschichte der SPD muss „im eigenen Laden“, nach historisch-politischen Fragestellungen und Methoden, transparent, relevant und außenwirksam

Antragsbereich P/**Antrag 5**

Kreisverband Schl.-Flensburg

Erhalt historische Kommission

Wir halten den Beschluss des SPD-Bundesvorstandes, die Historische Kommission zu beenden, für falsch, kurzsichtig und geschichtsvergessen! Wir fordern die SPD Schleswig-Holstein auf, sich auf allen Partei-Ebenen für den Erhalt der Historischen Kommission einzusetzen!

5

Begründung:

Die SPD Willy Brandts rief 1981 die Historische Kommission ins Leben, um Lehren aus der über 100jährigen Geschichte der SPD für die Zukunft zu gewinnen. Die jährlich bereitgestellten 20 000 € wurden dafür eingesetzt, dass renommierte SPD-angehörige Historiker ehrenamtlich in diesem Sinne aktiv wurden. Ein Beispiel dafür sind Vorträge auf dem SPD-Reisedienst zur Geschichte von Partei und Gesellschaft. Gerade in der heutigen Zeit mit dem Erstarken des Rechtspopulismus wird ein Blick auf die Geschichte solidarischen Denkens und Handelns wieder wichtiger. Das gilt sowohl für das große Ganze als auch für die konkrete Geschichte vor der Haustür (Heimatgeschichte).

15

Antragsbereich P/**Antrag 6**

Kreisverband Kiel

Historische Kommission

Der Landesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, die Historische Kommission der SPD wieder einzusetzen und ihr die weitere Arbeit nach den bisherigen Grundsätzen zu ermöglichen.

5

Begründung:

Angesichts der geringen jährlichen Kosten der ehrenamtlich arbeitenden Historischen Kommission kann die Begründung durch Einsparungen nicht überzeugen. Eine nebenamtliche Beauftragung des als MdB und Schatzmeister der Partei ausgelasteten Dietmar Nietan ist in keiner Weise ein Ersatz. Er allein kann nicht die notwendige innerparteiliche und öffentliche politische Kraft für das „Lernen aus der Geschichte“ entwickeln, die angesichts einer zunehmend antidemokratischen Stimmung in unserer Gesellschaft notwendig ist.

10

In Zeiten des wachsenden Rechtsradikalismus und einer offenen Demokratiefindlichkeit bedarf es einer Einrichtung, die sich offensiv, solidarisch und - als klares politisches Signal - direkt beim Parteivorstand angesiedelt mit diesen Fragen befasst.

15

Wie das Mitglied der Historischen Kommission Professor Edgar Wolfrun anmerkte:

„Ohne Wissen um die Vergangenheit lässt sich keine Zukunft gewinnen. Kritisches Geschichtsbewusstsein ist ein Lebenselixier für jede Demokratie. Denn Geschichte ist die Trias aus Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive. Sie ist lebendige Aufklärung und Demokratiewissenschaft. Für Antidemokraten war und ist Geschichte immer eine Waffe. In den anstehenden erinnerungskulturellen Kämpfen wird die stolzeste deutsche Partei stimmlos sein.“

25

Die vom Parteivorsitzenden Willy Brandt und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz 1982

eingesetzte Historische Kommission sollte zur Identitätsfindung der SPD beitragen und aktuelle politische Themen geschichtswissenschaftlich bearbeiten. Das hat sie mit zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen unter der Mitwirkung von so
30 hervorragenden Historikern und Historikerinnen der Arbeiterbewegung wie Susanne Miller, Helga Grebing und Reinhard Rürup getan.

Die von vielen zu Recht kritisierte Auflösung ist das falsche Signal - man muss vielmehr die Arbeit der Kommission weiter intensivieren und verbessern! Denn an den politischen
35 Gründen, die unter Willy Brandt zur Einrichtung der Kommission führten, hat sich nichts geändert.

Antragsbereich P/Antrag 7

Kreisverband Segeberg

Historische Kommission

Der Landesparteitag möge beschließen und gleichzeitig an den Parteivorstand weiterleiten:

Nur eine Partei ohne Zukunft braucht keine Vergangenheit.

5 Die beschlossene Auflösung der historischen Kommission durch den Bundesvorstand ist umgehend rückgängig zu machen. Die gute Arbeit dieser Kommission wird unverändert fortgesetzt. Eine verlässliche Planbarkeit für die Zukunft wird sichergestellt.

Antragsbereich P/Antrag 8

AG 60plus

Gleiches Recht für Delegierte der Arbeitsgemeinschaften

Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die Bundespartei dafür einsetzt, dass die Delegierten der Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen mit gleichem Stimmrecht versehen werden wie die Delegierten aus den Kreisverbänden, d.h. die Delegierten der
5 Arbeitsgemeinschaften sollen ebenso bei Sachthemen als auch bei Personalentscheidungen mitstimmen können. Hierzu ist der §10 Absatz 3 des Organisationsstatutes der SPD für alle Ebenen der Partei entsprechend zu beschließen.

Begründung:

10 Die AG 60 plus will damit ein Zweiklassensystem im Delegiertenbereich aufbrechen. Eine SPD kann es sich nicht erlauben, Delegierte mit unterschiedlichen Stimmrechten zu wählen.

Antragsbereich P/Antrag 9

Kreisverband Schl.-Flensburg

Antrag

Der SPD-Landesparteitag missbilligt das Verhalten von Andrea Nahles in der Causa Maaßen auf das Schärfste und fordert daraus Konsequenzen.

Antragsbereich P/Antrag 10

Einberufung Bundesparteitag

Die SPD Schleswig-Holstein fordert den Parteivorstand auf, einen außerordentlichen Bundesparteitag einzuberufen. Auf diesen soll über die aktuelle Situation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beraten werden. Besonderer Schwerpunkte bilden dabei die Frage der Fortsetzung der Großen Koalition, den aktuellen Stand der inhaltlichen Erneuerung sowie eine mögliche personelle Erneuerung.

5

Begründung:

erfolgt mündlich

Antragsbereich P/Antrag 11

Kreisverband Segeberg

Überfälliger Strategiewechsel für linke Mehrheit diesseits der Union

Der Landesparteitag möge beschließen und gleichzeitig an den Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD gibt ihre Strategie auf, wonach nur Koalitionen unter Ausschluss der Partei die Linke vorstellbare Koalitionsvarianten sein können. Auf absehbare Zeit wird diese Haltung keine Regierungsoption mit SPD-Richtlinienkompetenz (Kanzlerschaft) eröffnen. Wir müssen in Anerkennung der Wahlentscheidungen der Wahlbürger grundsätzlich mit allen demokratischen Parteien Koalitionen eingehen können, bevorzugen sicher aber jene Koalitionen, in denen wir nicht lediglich der Juniorpartner sind und schon deshalb ein Maximum unserer politischen Ziele werden umsetzen können.

5

10

Antragsbereich P/Antrag 12

Kreisverband Segeberg

virtueller Ortsverein

Der Landesparteitag erinnert an den auf dem Landesparteitag 2010 in Kiel gefassten Beschluss, einen Virtuellen Ortsverein einzurichten und verlangt, diesen Beschluss in die aktuelle Debatte auf Landes- und Bundesebene einzuführen.

Soziales, Innen und Recht

Ergänzung § 12 WoGG

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand den nachstehenden Antrag mit Begründung an den nächsten Bundesparteitag der SPD zu stellen:

5 "Der Bundesparteitag der SPD beauftragt den Bundesvorstand der SPD mit der Bundestagsfraktion eine Änderung des Wohngeldgesetzes dahingehend zu beantragen, dass der § 12 WoGG Absatz (3)

„Das Mietenniveau ist vom Statistischen Bundesamt festzustellen in der Regel für Gemeinden mit 1. einer Einwohnerzahl von 10.000 und mehr gesondert,

10 2 .einer Einwohnerzahl von weniger als 10.000 und gemeindefreie Gebiete nach Kreisen zusammengefasst.

um Ziffer 3. ergänzt wird:

15 3. Für Gemeinden mit mehr als 4.000 aber weniger als 10.000 Einwohner kann auf Antrag der betroffenen Gemeinde das Mietenniveau ebenfalls gesondert festgestellt werden, wenn die ortsüblichen Mieten erheblich von denen des Kreisgebietes abweichen.“

Begründung:

20 Seit vielen Jahren beschäftigt sich die AG 60 plus mit den Kosten der Unterkunft und den Höchstmieten nach SGB II und SGB XII, außerdem mit den Wohngeldstufen nach dem WoGG. Dafür haben wir eigene sehr umfangreiche statistische Erhebungen gemacht, über Wohnungsgrößen, Ausstattungen, Mieten für Bestandswohnungen und Wohnungsangebote, haben dazu die Erhebungen des Amtes für Statistik für HH und SH (Statistikamt Nord) registriert. Neben unserer Forderung nach mehr kleinen Wohnungen für 1 – 2 Personen haben wir auch eine bessere Erfassung des Wohnungsangebotes und der Tatsächlich zu zahlenden Mieten gefordert. Dazu haben wir bereits 2015 drei Petitionen an den Deutschen Bundestag gerichtet die jetzt abgeschlossen wurden. Der Deutsche Bundestag sieht keinen Handlungsbedarf. Dabei ist gerade § 12 (3) WoGG Ziffer 2. im höchsten Maße unsozial und ungerecht. Gerade in den Orten mit überwiegend Tourismus arbeiten viele Menschen im Beherbergungs-, Gaststätten und Dienstleistungsgewerbe, also Geringverdiener. Selbst wenn sie eine Genossenschaftswohnung am Arbeitsort ergattern können, ist die nicht bezahlbar. Vor dem Zusammenschluss der Sylter Gemeinden hatte nur Husum über 10.000 Einwohner und erhielt die Mietstufe III. Das übrige Kreisgebiet Mietstufe II Sylt hatte am Stichtag 31.12.2016 über 10.000 Einwohner und erhielt Mietstufe VI. (Niebüll fehlten 40 Einwohner an 10.000) Welche Auswirkung das hat, kann jeder nachrechnen. (Anmerkung: ca. 70 % aller Haushalte bei uns sind 1-2 Personenhaushalte) Für 2 Personen wird in Mietstufe II ein Höchstbetrag von 380,00 € in Mietstufe V 468,00 € und in Mietstufe VI 501,00 € für die Miete berücksichtigt. Bei einem zu berücksichtigenden Einkommen von 40 1.000 € bekommen 2 Personen für bis 380,00 € zu berücksichtigende Miete 87,00 € monatlich Wohngeld, und bei 501,00 € Miete 164,00 € monatlich. Laut Auskunft der Bundesregierung im Petitionsverfahren ist die Wohngeldstatistik die einzige die Daten bis auf die Gemeindeebene erfasst. Wenn dem so ist, kann es doch nicht schwer sein auch kleineren Gemeinden eine eigene Mietstufe zuzuordnen, um ein ganz klein wenig mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen.

Jetzt durchstarten für Parität!

Auf allen Ebenen der Partei ist der Beschluss „Parität“ der diesjährigen ASF-Bundeskonferenz mit Blick auf eine baldige Wahlgesetzänderung zu bearbeiten, welche eine geschlechtergerechte Kandidat_innenaufstellung auch in Direktwahlkreisen vorsieht. Somit wendet sich die ASF Schleswig-Holstein an SPD-Parteivorstand und –Landtagsfraktion in unserem Bundesland und bittet um zügige Umsetzung.

Begründung:

Schon bei der letzten ASF-Landeskonferenz wurde zugesichert, dieses Thema konstruktiv in Partei und Fraktion zu bearbeiten. An den Begründungen hat sich nichts geändert – bitte die Unterlagen vom vorigen Jahr vornehmen! Allerdings gibt es mit dem diesjährigen Beschluss der ASF-Bundeskonferenz eine besonders aktuelle und praktisch durchdachte Vorlage (s. ASF.SPD, Beschlussbuch von 2018, IR 1, S.41f.).

Antragsbereich SIR/ Antrag 3

Kreisverband Kiel

Geschlechterparität

Der Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion und alle anderen Bundestagsfraktionen auf, verbindliche Vorgaben für die Herstellung von Geschlechterparität in den Parlamenten zu entwickeln und bei der nächsten Wahlrechtsänderung ein Paritätsgesetz zu beschließen.

Er fordert die Landesparlamente auf, in ihren Landtags- und Kommunalwahlgesetzen entsprechende Regelungen für Geschlechterparität zu schaffen.

Begründung:

Nur ein Paritätsgesetz ist geeignet, den Frauenanteil in den Parlamenten zuverlässig (und ungeachtet des freiwilligen Umgangs der einzelnen Parteien mit Frauenquoten) anzuheben.

Am 12. November jährt sich die Einführung des Frauenwahlrechts zum 100. Mal. In die Nationalversammlung wurden im Januar 1919 noch nicht einmal 9 % Frauen gewählt. 2018 liegt der Frauenanteil im Bundestag bei 30 %. Zum ersten Mal seit 1949 ist er gesunken, um 6 % - auf das Niveau von 1998. Ohne parteiinterne Quoten bei SPD, Grünen und Linken sähe es noch schlechter aus. Es ist deutlich, dass der freiwillige Reißverschluss nicht ausreicht, um den Frauenanteil in den Parlamenten voranzubringen; wir müssen beim Wahlrecht selbst ansetzen.

Ein Fortschritt wäre, wie in Frankreich überhaupt nur "Reißverschluss"-Listen zur Wahl zuzulassen. Dort riskieren Parteien, die weniger Frauen als Männer in Direktwahlkreisen aufstellen, Einbußen bei der Erstattung der Wahlkampfkosten. Da in Deutschland ein anderes Wahlrecht gilt, es keine reinen Listenwahlen gibt, Frauen auch wesentlich seltener als Männer aussichtsreiche Direktwahlkreise erhalten, wäre der Erfolg dieser Maßnahmen allerdings voraussehbar begrenzt.

Um dies zu lösen, sind im Wesentlichen zwei Varianten in der Diskussion:

Die Zahl der Wahlkreise durch Zusammenlegung zu halbieren und den Parteien die Aufstellung von Kandidatenteams aus einer Frau und einem Mann vorzuschreiben, die nur im "Doppelpack" gewählt werden können. Andere Kandidaturen wären ungültig. Das Team mit den meisten Stimmen würde gewählt.

35 Oder in diesen größeren Wahlkreisen würden zwei KandidatInnen direkt gewählt. Die Parteien wären nicht verpflichtet, eine Frau und einen Mann ins Rennen zu schicken. Die Frau und der Mann mit der jeweils höchsten Stimmenzahl, aber nicht notwendigerweise aus derselben Partei wären gewählt.

Weitere Varianten sind denkbar.

Antragsbereich SIR/ Antrag 4

AsF

Wahrung des Amtseids durchsetzen

5 Die ASF-Vollversammlung stellt fest, dass Horst Seehofer seinem Amtseid sowie dem Auftrag seines Ministeriums, das gemeinschaftliche Miteinander und die Integration von Zugezogenen zu stärken, nicht mehr gerecht wird. Seine Äußerung hinsichtlich der Migration als „Mutter aller Probleme“ schürt Ängste, hat verhetzendes Potential, bedient rassistische Ressentiments und gefährdet damit den friedlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

10 Er offenbart dadurch, dass er nicht bereit ist, Gerechtigkeit gegen Jedermann zu üben und unser Grundgesetz zu wahren, sowie Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Wir halten es für erforderlich, die Überprüfung der verfassungsgemäßen Erfüllung des Amtes vereidigter Personen auf gesellschaftlicher Basis mit Hilfe einer hierfür einzusetzenden Kommission in Fällen begründeter Zweifel an der verfassungsmäßigen Erfüllung des Amtseides zu überprüfen. Stellt die Kommission einen Verstoß gegen den Amtseid fest, hat die Entlassung der Amtsperson zu erfolgen.

15 Bei Innenminister Horst Seehofer erkennen wir ein Zuwiderhandeln seiner Verpflichtung, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren, sowie Gerechtigkeit gegen Jedermann zu üben.

20 **Begründung:**

erfolgt mündlich, ggf. tagesaktuell

Antragsbereich SIR/ Antrag 5

AsF

Zehn zusätzliche, freie Tage für Betroffene häuslicher Gewalt

Frauen* und andere Personen, die von häuslicher Gewalt betroffen oder bedroht sind, erhalten die Option auf zehn zusätzliche, freie Tage nach neuseeländischem Vorbild. Die Gesetzeslage ist entsprechend zu schaffen.

5 **Begründung:**

10 Von häuslicher Gewalt betroffene Frauen* sind sehr häufig in einer Gewaltspirale gefangen. Die erlebte Gewalt zerstört das Selbstwertgefühl, der Glaube daran, der Situation entkommen zu können, wird mit jeder Attacke kleiner. Äußere Unsicherheitsfaktoren, wie Sorge um den Arbeitsplatz oder Angst davor, ohne Unterkunft dazustehen, verschärfen diese Situation.

Neuseeland hat im Juli 2018 ein solches Gesetz verabschiedet. Die 10 Tage pro Jahr sollen

15 den Betroffenen dabei helfen, den zusätzlichen Druck, der außerhalb der Gewalt-Situation entsteht, zu verringern.

Antragsbereich SIR/ Antrag 6

AsF

Just Sports – No Violence

Das Bundesgleichstellungsministerium soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesjustizministerium eine Studie erstellen, die die Zusammenhänge von Sportgroßereignissen und häuslicher Gewalt darstellt.

5 Ergeben sich deutliche Zusammenhänge bei bestimmten Sparten, Ereignisarten o.ä., entwickeln die Ministerien Kampagnen und Maßnahmen, die dazu geeignet sind, in den Kreisen der Rezipient*innen der betreffenden Ereignisse ein erhöhtes Bewusstsein für das Thema zu wecken und eine deutliche Botschaft der Ablehnung von Gewalt senden. Hierzu müssen die Bundesverbände und einzelne Persönlichkeiten der betreffenden Sportarten auf
10 jeden Fall eingebunden sein.

Begründung:

15 Ähnliche Studien sind aus England (Fußball), Australien (Rugby) und Calgary, AB, CA (Football) bekannt. In allen Fällen ist ein Zusammenhang zwischen den Notrufen bzw. Polizeieinsätzen aufgrund häuslicher Gewalt belegbar. In Kanada wurde eine solche geforderte Kampagne entwickelt, die von den Sportteams und der Politik gemeinsam gezahlt wurde. Ähnliche vergleichbare, wenn auch anders gelagerte Beispiele sind Fälle, in denen sich Sportmannschaften gegen Rassismus positionieren.

20 Die Zahlen aus Kanada belegen, dass nicht das Maß an Körperkontakt für die Erhöhung der Zahlen verantwortlich ist. UFC oder Eishockey, beides sehr körperbetonte, mitunter brutale Sportarten, hatten keinen Einfluss auf die Notrufe und Einsätze. Auch die Überlegung, dass dieser Umstand durch die Emotionalität bei kulturell favorisierten Sportarten handelt, ist durch die Ergebnisse aus Kanada nicht zu belegen (Kanada ist eine Eishockey-Nation). Es
25 handelt sich offensichtlich um ein komplexes Phänomen, das einer wissenschaftlichen Betrachtung bedarf.

Antragsbereich SIR/ Antrag 7

Kreisverband Steinburg

Umgestaltung des Rentensystems im Angesicht des demographischen Wandels

Wir fordern die SPD Fraktion des Bundestages auf,

1. ... sich für eine starke gesetzliche Rente einzusetzen, die darauf abzielt, dass das Rentenniveau für Neurentner deutlich über dem jetzt im Koalitionsvertrag vereinbarten
5 Rentenniveau von 48 % liegt.

2. ... sich für ein Rentenversicherung analog zu einer Bürgerversicherung, wie sie den SPD- Beschlüssen zur Krankenversicherung entspricht, einzusetzen.

Begründung:

10 Das im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD festgeschriebene Rentenniveau von 48 % ist deutlich zu niedrig. Im Jahre 2013 lag die durchschnittliche Altersrente bei Männern

bei 1.050 € und bei Frauen bei 590 € mtl. Diese Beträge liegen knapp über (oder bei Frauen darunter) der Grundsicherung.

15

Die Umgestaltung des deutschen Rentensystems muss es zum Ziel haben, dass ein Durchschnittsverdiener nach 40 Jahren Arbeit gut und sorgenfrei von seiner gesetzlichen Rente leben kann.

20

Für alternative Altersvorsorge, wie Riesterrente oder Betriebsrente sind die Löhne in Deutschland deutlich zu niedrig. Das Durchschnittsbruttoeinkommen liegt bei 2.400 € mtl. Nach allen Abzügen verbleiben da 1.600 € zum Wohnen und Leben. Noch schlimmer sieht es bei Personen aus, die lebenslang im Bereich des Mindestlohns arbeiten müssen.

25

Bei den kommenden Wahlen in den nächsten Jahren wird die Rententhematik eine wichtige Rolle spielen. Es steht der SPD gut an, sich hier rechtzeitig auf eine gerechtere Rentenpolitik einzustellen und diese auch zu vertreten.

Antragsbereich SIR/ Antrag 8

Kreisverband Steinburg

AG 60plus

Überarbeitung des Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, das Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (Psychisch-Kranken-Gesetz - PsychKG) zu überarbeiten und jede Fixierung, die länger als kurzfristig notwendig ist, muss durch einen richterlichen Beschluss angeordnet werden. Dies gilt für jede Form der Fixierung, nicht nur für die 5 oder 7 Punkt-Fixierung.

5

Begründung:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (2018 RS 374 vom 25.07.2018 "Entscheidung des BVerfG zu den Anforderungen an die Fixierung von Patienten") hat sich hierzu eindeutig zur 5 und 7 Punkt Fixierung geäußert.

10

Alle anderen Formen der Fixierung wurden nicht explizit genannt, so dass es notwendig ist, diese freiheitsentziehenden Maßnahmen im PsychKG Schleswig-Holstein aufzunehmen und in gleicher Weise durchzuführen, da ein Mensch, der nur an einem Punkt fixiert wird, bereits nicht in der Lage ist, auch nur zur Toilette zu gehen.

15

Hier muss Willkür und Missbrauch im Vorwege verhindert werden.

Antragsbereich SIR/ Antrag 9

Kreisverband Steinburg

Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine Zuzahlung für rezeptpflichtige Arzneimittel 5 € nicht übersteigen darf.

Begründung:

Wir begrüßen die Senkung der Beiträge der gesetzlichen Krankenkassen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Einzelne nun mehr bei rezeptpflichtigen Arzneimitteln in den Apotheken zu zahlen.

5

10 Im April d. J. wurden die maximalen Erstattungsbeträge für bestimmte Medikamentengruppen gesenkt. Hier müssen Einzelne deutlich mehr zu zahlen, besonders betroffen sind Ältere und chronisch Kranke. Dies widerspricht der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenkassen und gilt es wieder abzuschaffen.

Antragsbereich SIR/ Antrag 10

AG 60plus

Aufwandsentschädigungen

Der Parteitag möge beschließen, dass die SPD Landtagsfraktion sowie die SPD Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass

5 das Steuerrecht dahingehend zu ändern ist, dass Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige gänzlich von der Besteuerung befreit sind, um der schwindenden Bereitschaft in der Bürgerschaft / Gemeindevertretung, sich ehrenamtlich zu engagieren zu begegnen.

10 Aus dem gleichen Grund sind Aufwandsentschädigungen nicht auf Sozialleistungen wie SGB II und XII (Hartz IV, Grundeinkommen, Wohngeld, etc.) anzurechnen.

Begründung:

15 Ehrenamtlich Tätige Bürgerinnen und Bürger opfern neben ihrer Berufstätigkeit viel Zeit für wichtige Aufgaben im gesellschaftlichen Bereich wie Sport, Sicherheit und Politik. Die hierfür gezahlten Aufwandsentschädigungen decken bei weitem nicht die tatsächlichen Kosten, die durch das Ehrenamt entstehen wie Schulungen, Vereins-, Bürgergespräche und daraus resultierende Fahrtkosten. Aufwandsentschädigungen sind steuerlich anzugeben und gelten als Einnahmen und werden somit als solche berechnet. Auch wenn ein Teil davon als Freibetrag angerechnet wird, ergibt sich für eine(n) berufstätige(n) Ehrenamtler(in) ein
20 Minus; (will heißen, dass die ehrenamtliche Tätigkeit finanzielle Nachteile bedeutet).

25 Für Empfänger/Innen von Hartz IV und Grundeinkommen sind die ehrenamtlichen Tätigkeiten ebenfalls nachteilig, obwohl sie über zeitliche Ressourcen und Erfahrungen verfügen, die in vielen Bereichen des Ehrenamtes von Nutzen sein können. Desweiteren sind Nebenkosten wie weiter oben in der Begründung beschrieben ganz und gar nicht für diese Personengruppe finanzierbar.

Diese Gründe sind ein Grund für die schwindende Bereitschaft unter den Bürgern und Bürgerinnen besonders in ländlichen Gemeinden sich ehrenamtlich zu engagieren.

Antragsbereich SIR/ Antrag 11

AG 60plus

Polizeipräsenz

Der Parteitag möge beschließen, dass die SPD Landtagsfraktion aufgefordert wird, die nachstehenden Maßnahmen der Polizeiarbeit kurzfristig umzusetzen:

1. Prävention, auch in der Fläche

5 dazu gehören auch kleine, gut besetzte Polizeistationen, bürgernah als Ansprechpartner

- auf der Straße und den kleinen Wachen müssen Beamte mit guten Ortskenntnissen zu sehen und zu erreichen sein
- verstärkte frühkindliche Verkehrserziehungen in Kindertagesstätten und Schulen
- Präventionsveranstaltungen für Senioren

2. Verstärkung der Polizei durch Beamte, die eine qualifizierte Spezialisierung haben, sowie die verstärkte Besetzung der Kriminalpolizeistellen

3. Eine Internet – Polizei, die über die besten Fähigkeiten und Ausrüstungen verfügt und jederzeit vom Bürger erreichbar ist.

Begründung:

Polizei und Kriminalpolizei in Verbindung mit der Internet – Polizei müssen technisch und personell, bürgernah und ortskundig so aufgestellt sein, dass sie Straftaten verhindern oder effektiv aufklären und verfolgen können.

Antragsbereich SIR/ Antrag 12

AG 60plus

Betreuungsrecht S-H

Der Parteitag möge beschließen, dass die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass nach dem Betreuungsrecht in Schleswig-Holstein

- Kein/e Betreuer/in mehr als 40 Betreuungen führen darf
- In einem Landesregister ist zu hinterlegen wie viele Betreuungen von einer/m Betreuer/in durchgeführt werden
- Fortbildungen sollen vor Beginn der Tätigkeit als Betreuer/in z.B. zu der Frage der Fixierungen zwingend sein.
- Jede/r Betreuer/in muss dazu verpflichtet werden, den Betreuten einmal im Monat zu besuchen.

Begründung:

Es zeigt sich, dass die Betreuung nach dem Betreuungsrecht reformbedürftig ist. Es kommt leider immer wieder vor, dass Betreuer/innen deutlich mehr als 40 Personen zeitgleich betreuen. Hier ist dann auch von einer „Betreuung“ nicht mehr die Rede, da die zeitlichen Ressourcen für eine Betreuung nicht mehr gegeben sind.

Die Umsetzung der aufgeführten Punkte würde nicht nur zur Sicherheit der zu Betreuenden und deren Schutz der Menschenwürde gereichen, sondern auch den Betreuern und Betreuerinnen Optionen einräumen, die dazu führen, dass eine Betreuung sach- und fachgerecht durchgeführt werden kann.

Antragsbereich SIR/ Antrag 13

Kreisverband Segeberg

allgemeinverbindliche Tarifverträge

Der Landesparteitag möge beschließen und gleichzeitig an die Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die Rechtsgrundlage wird dahingehend geändert, dass nach geschlossenen, erfolgreichen Tarifverhandlungen, jeweils ein Tarifpartner die Prüfung beim BMAS auf

5 Allgemeinverbindlichkeit beantragen kann (Änderung §5 Absatz 2 Tarifvertragsgesetz).Der Widerspruch einer Seite findet keine Anwendung.

Das BMAS kann nach erfolgter Prüfung den ausgehandelten Tarifvertrag danach für allgemeinverbindlich erklären

10

Antragsbereich SIR/ Antrag 14

Kreisverband Segeberg

Anhebung Mindestlohn

Der Landesparteitag möge beschließen und gleichzeitig an die Bundestagsfraktion weiterleiten:

5 Die SPD Schleswig-Holstein und die SPD-Bundestagsfraktion werden dazu aufgefordert, einen sofortigen Mindestlohn von 12,63 Euro pro Stunde einzuführen!

Antragsbereich SIR/ Antrag 15

Kreisverband Segeberg

Resolution zum Tariftreue- und Vergaberecht

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein nimmt die Bestrebungen der schwarz-grün-gelben Landesregierung, das Tariftreue- und Vergaberecht in Schleswig-Holstein auszuhöhlen, mit Sorge zu Kenntnis.Eine Änderung des Tariftreue- und Vergaberechts darf nicht zu Lasten von guter Arbeit, Sozialstandards und Umwelt gehen!

5

Wir fordern, dass öffentliche Aufträge weiterhin nur an Unternehmen vergeben werden, die sich an die für ihre Branche gültigen Tarifverträge halten und die sicherstellen, dass in der Wertschöpfungskette keine Kinderarbeit stattfindet.

10

Wir unterstützen die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Kampf gegen dieses Vorhaben und bitten die Kommunalpolitiker/innen der SPD in Schleswig-Holstein, in den Kommunalvertretungen dies zu thematisieren, denn das Gesetz bindet alle Auftraggeber der öffentlichen Hand.

Umwelt, Energie, Verkehr

Dieselmotorkraftstoff stärker besteuern

Die SPD Schleswig Holstein fordert die Bundestagsfraktion auf, die steuerliche Privilegierung von Dieselmotorkraftstoff aufzuheben. Zum Ausgleich sollte die Kfz-Steuer für Dieselmotorkraftstoffe auf das Niveau von Benzinern gesenkt werden. Mittelfristig sollten alle Kraftstoffe stärker besteuert werden als bisher.

5

Begründung:

Kaum jemand versteht noch, warum Diesel als Treibstoff steuerlich begünstigt wird. Und das nach den vielen Skandalen mit Diesel-Autos. Sie tragen die Schuld am Ausstoß von Stickoxiden und damit an der Luftverpestung in vielen Großstadtstraßen. Beim Verbrauch eines Liters Diesel wird mehr CO₂ ausgestoßen, als bei derselben Menge Benzin. Und gleichzeitig führt das Dieselmotorkraftstoffprivileg auch dazu, dass immer mehr große Autos mit hohem Spritverbrauch (SUVs) gekauft werden. Das schadet dem Klima und der Luftqualität. Eine Abschaffung des Dieselmotorkraftstoffprivilegs könnte ein wichtiger Beitrag des Sektors Verkehr zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele werden.

10

15

Antrag an Landesparteitag

Die Landtags- und Bundestagsfraktionen der SPD werden aufgefordert, eine Gleichbehandlung für Benzin und Diesel im Energiesteuergesetz (EnergieStG) zu sorgen. Unabhängig von einer jeweiligen Regierungsbeteiligung sollen Gesetzentwürfe in die Parlamente eingebracht werden, die den aktuellen Steuervorteil für Dieselmotorkraftstoff aufheben.

5

Begründung:

Seit der Einführung der Mineralölsteuer in Deutschland, wird der Dieselmotorkraftstoff zwischen ca. 20 – 25 % gegenüber Benzin steuerlich begünstigt. Aktuell führt das einer Kaufentscheidung zugunsten von Dieselmotorkraftstofffahrzeugen. Dies gilt besonders für Vielfahrer und Fahrzeuge mit größerem Motorvolumen. Ebenso profitieren Lastkraftfahrzeuge von dieser Vergünstigung.

10

15

Diesem Vorteil steht eine größere Umweltbelastung beim CO₂-Ausstoß. Ausstoß von Stickoxiden und Ruß- bzw. Feinstaubpartikeln entgegen, die zu den bekannten Gesundheits- und Umweltschäden führen.

Mit einem Fortfall eines Steuervorteils würden die Kaufanreize für dieselmotorkraftstoffbetriebene Kraftfahrzeuge ebenfalls entfallen und gleichzeitig eine angemessene Kostenbeteiligung des Lastverkehrs am Steueraufkommen entstehen.

20

ÖPNV in Schleswig-Holstein

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein folgenden Maßnahmenkatalog zur Verbesserung des Ist-Zustandes von der NAH-SH GmbH, Privatunternehmen Prokora.net, von Stadt- und Kreisverwaltungen zu fordern und durchzusetzen:

5

Als Flächenland mit ländlichen und damit infrastrukturell schwachen Regionen, müssen allen Einwohner*innen Chancen zum aktiven und dauerhaften Verbleib auch in diesen ermöglicht werden.

10

Das gesamte Mobilitätskonzept, welches die Regionalbahnen, die Linienbusse und wo vorhanden Rufbusse einschließt, muss uneingeschränkt barrierefrei werden.

Dies soll durch folgende Maßnahmen erfolgen:

15

- Angleichung der Bahnsteige an die Trittkante der Züge

- Einsatz von ausschließlich barrierefreien Zügen

- Barrierefreier, permanenter Zugang zu allen Bahnhöfen

20

- Dort wo die Anpassung der Bahnsteige noch nicht angepasst werden können, sollten Übergangslösungen geschaffen werden. (Hebebühnen und mehr Zugbegleiter*innen zur Bedienung)

Erweiterung der Mobilität in ländlichen Räumen

25

Um eine nachhaltige Nutzung des gesamten Angebotes des ÖPNV für alle Bürger*innen sicherzustellen, muss eine smarte Abstimmung aller vorhandenen Verkehrsmittel aufeinander erfolgen, insbesondere vom Fahrplan der Linienbusse auf den des Schienenverkehrs.

30

Aufgrund der verlängerten Wartezeiten bei Übertritt von einem Versorgungszentrum in das nächstgelegene, werden längere Routen, mit dem Angebot des ÖPNV, erschwert. Dies sollte behoben werden, durch die Erweiterung der letzten zuführenden Buslinien.

35

Schüler*innen und Auszubildende aus den ländlichen Regionen dürfen nicht weiter durch ihren Weg zu den Bildungsstätten benachteiligt werden. Die kostenfreie Beförderung bis zum Abschluss muss ebenso für das neue Angebot des Rufbusses angestrebt werden. Durch das vermehrte Aufkommen der Offenen- und Ganztagschulen darf die kostenfreie Mobilität von Schüler*innen nicht zeitlich begrenzt werden.